

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 1,50 Mark monatlich, 1,50 Mark wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1,50 Mark pro Monat, eingetragenen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1,50 Mark, für das übrige Ausland 1,70 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungen - Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen - das festgesetzte Wort 30 Pf. (zweiwöchig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließelanzeigen bis erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Dienstag, den 20. Juni 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Ende der italienischen Ministerkrise.

Von Heinrich Cuno.

Die vorläufigen Erfolge der russischen Offensive im Osten haben in den Vierverbandsstaaten den Kriegseifer von neuem aufgepeitscht. Selbst in Italien flammern wieder allerlei Siegeshoffnungen auf, die durch das Vordringen der österreichischen Heere in Venetien und den Sturz des Salandraschen Kabinetts bereits merklich herabgestimmt worden waren und einem allgemeinen Stagnationsstadium zu weichen begannen. Die ganze jetzt endlich beendete Kabinettskrise ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Ausdruck dieser nervösen Verstimmung und Unzufriedenheit - nicht ein Ergebnis wohlbedachter politischer Pläne zur Erreichung des Salandraschen Regiments durch ein anderes. In der inneren politischen Gärung, die über den Kreis der Merikalen, Giolittianer und Sozialisten hinaus immer weitere Kreise erfaßt, brauchte man zur Bewältigung der eigenen Bedenken und der öffentlichen Anklagen der nach Siegen schreienden Abolatenpresse einen Sündenbock, dem man die Verantwortung für die bisherigen Mißerfolge auf-laden und in die Büste jagen konnte - man fand ihn in dem einst so begeistert umjubelten Ministerpräsidenten Salandra, der, wie es scheint, keineswegs ganz wider Willen seinen Posten verlassen hat. Wenn man die Parla-mentsverhandlungen nachsieht, kann man sich wenigstens des Eindrucks kaum erwehren, daß er durch seine große Rede vor der Abgeordnetenversammlung absichtlich zu seinem Sturz beigetragen hat. Vielleicht war es ihm gar nicht ganz unlieb, die sich darbietende Gelegenheit zu einem Abzug in eine hinter der jetzigen politischen Front gelegene sichere Stappenstellung benutzen zu können, um sich nicht für die Zukunft die Möglichkeit eines Wiederkommens zu verschaffen; denn daß jene Minister, die schließlich genötigt sein werden, einen un-günstigen Frieden zu schließen, damit ihre politische Rolle aus-gespielt haben, darüber dürfte sich Herr Salandra kaum irgend-welchen Täuschungen hingeben. Freilich, auf einen besseren Abgang als er hatte, wird er immerhin geredet habe. Daß man ihn so gelassen und kühl fallen ließ und Turati ihn unter starkem Beifall neben anderen Sünden der Anstiftung oder mindestens der Zulassung der Mailänder Pogrome be-schuldigte, wird er sicherlich nicht erwartet haben.

Daß das nach langen Mühen zustande gekommene neue Ministerium Boselli zunächst noch mehr als das Salandrasche Kabinett in Kriegsrenommee machen und der als Minister des Neuherrn auf seinem Platz zurückgebliebene Herr Sidney Sonnino sich gegenüber den englischen Forderungen noch dienstwilliger als bisher benehmen wird, kann freilich als sicher gelten. Was sollte auch das neue Ministerium, das nur ein bunt zusammengelastetes Kompromißministerium, ein achtzehnhöpfiges Sammelsurium ist, anders tun, wenn es sich nicht alsbald vor seine Auflösung gestellt sehen will. Die Mehrheit, die Salandra stürzte, ist in sich zerplittert und in scharfe Gegensätze gespalten. Sie bildet kein Fundament, auf das sich ein neues Kabinett stützen könnte. So bleibt nichts anderes übrig, als daß es sich die Gunst der kriegsklüfternen Intelligenz und ihrer Presse sowie der sog. „Piazza“, der durch die Kriegsaphrasologie mitgerissenen politischen Kadaverelemente, zu verschaffen sucht.

Mit diesem Bestreben mag es zunächst einen gewissen Erfolg haben. Dennoch kann kein Zweifel daran sein, daß das neue italienische Ministerium auf recht schwachen Beinen steht. Es ist Boselli keineswegs gelungen, das alle nationalen Parteien umfassende „große“, nach französischem Vorbild konstruierte Ministerium zustande zu bringen, das die italienische Kriegspresse nach Salandras Sturz forderte. Nur mit Ach und Krach hat er Gefährten gefunden, die den seltsamen Ehrgeiz haben, für einige Zeit in seinem Kabinett Minister zu spielen. Noch bis vor wenigen Tagen war es fraglich, ob nicht noch in letzter Stunde einige der für ein Ministerposten in Aussicht genommenen Parla-mentsgroßen wieder abschwanken würden. Das Resultat der Bosellischen Kabinettsbildung ist denn auch eine recht „gemischte“ Gesellschaft: das neue Ministerium besteht aus zwei Reformsozialisten, zwei Radikalen, einem Republikaner, einem Merikalen, einem liberalen Giolittianer, acht Mit-gliedern, die man als konservativ oder liberal-konservativ be-zeichnen kann, und vier Mitgliefern, die als politisch schwankende Gestalten gelten müssen, darunter der Kriegs- und der Marineminister.

Der schönste Studdelmuddel! Selbst wenn vorläufig alle Rivalitäten und Gegensätze überkleistert werden, dürfte das neue Ministerium sich kaum als sonderlich arbeitsfähig er-weisen. Paolo Boselli, der achtundsechzigjährige Minister-präsident, ist heute nur noch ein von seiner Vergangenheit ge-hrender halbhenkiler Greis. Die eigentliche Leitung des Kabinetts wird also Herr Sidney Konstantin Sonnino zufallen, von dem bekannt ist, daß er stark unter englischem Einfluß steht (seine Mutter war Engländerin), und mit dem italienischen Oberbefehlshaber Cadorna nicht gerade in bester Freundschaft lebt. Waren schon bisher zwischen der Regierung und Cadorna ernste Differenzen vorhanden, die schließlich sogar Herrn

Salandra in seiner letzten großen Rede vor dem Parlament zu offenen Anklagen gegen den italienischen Militärgewaltigen verführt haben, so ist in Anbetracht der ganzen Sachlage mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß sich in der Folge diese Differenzen zu offenen Gegensätzen zuspitzen werden, zumal wenn Sonnino auf Drängen Englands und Frankreichs erneut die Forderung einer größeren Beteiligung Italiens an den Balkanunternehmungen der Entente stellen sollte.

Zum Bussenminister zwischen Sonnino und Cadorna hat man Herrn Leonidas Bissolati ausersehen, einen der ältesten italienischen Revisionisten, der einst in der sozialistischen Partei eine Hauptrolle spielte, sich aber schon vor dem jetzigen Kriege immer mehr und mehr rückwärts konzentriert hat, bis er schließlich bei der demokratischen Allianz angelangt ist. Er hat seinen der bisherigen Ministerposten erhalten, sondern es ist für ihn ein neues, besonderes Amt geschaffen worden, nämlich das Amt eines politischen Kriegskommissärs, der zwischen der Regierung und dem Oberkommando zu vermitteln und die bestehenden Differenzen auszugleichen hat: eine recht heikle Aufgabe, die an die diplomatische Unempfindlichkeit des neuen Herrn Ministers voraussichtlich recht hohe Anforderungen stellen wird.

Außerdem ist noch aus dem reformsozialistischen Lager der Professor Ivanoe Bonomi in das Bosellische Kabinett eingetreten, und zwar hat man ihm als Belohnung das Ministerium für öffentliche Arbeiten anvertraut, von dem aber ein Teil abgetrennt und mit einigen anderen kleineren Ressorts zu einem besonderen neuen Ministerium für Industrie, Handel und Arbeitsverhältnisse vereinigt wird, das dem liberal-konservativen Politiker Giuseppe Devana ausgeliefert worden ist. Bonomi ist Gesinnungsgenosse Bissolatis, steht aber noch etwas weiter rechts und kann als Halbsozialist bezeichnet werden. Den Lesern der „Neuen Zeit“ ist er durch einige dort im Jahre 1900 veröffentlichte Artikel bekannt geworden, in denen er schon damals für ein festes Bündnis zwischen der italienischen Arbeiterschaft und der kleineren Geschäftsbourgeoisie plädierte.

Charakteristisch für die Wandlung der Anschauungen in Italien ist, daß der bisherige Irredenta-Minister Barzilati in der Verfassung verschwindet und auch seinen Nachfolger erhalten soll. Da das „unerlöste“ Triester Gebiet so wenig Verständnis für die ihm zugehörte Erlösung besitzt und lieber bei Oesterreich bleiben will, soll es auch nicht mehr einen ministeriellen Vertreter in der Consulta haben.

Während man in den politischen Kreisen Minister stürzt und sich um die erledigten Sitze dalgt, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage Italiens immer mehr, und gleich-zeitig greift die Kriegsmüdigkeit immer weiter um sich. Der hysterische Begeisterungsstau und der Größenwahn, der vor einem Jahr die von Oesterreich-Ungarn angebotenen Landabtretungen als lächerliche Lappalien zurückwies, ist längst verrauscht. Heute wäre man in dem größten Teil der italienischen Bevölkerung herzlich froh, wenn man ohne jene österreichischen Abtretungen auf der Grundlage des status quo ante Frieden schließen könnte. Würde heute eine geheime Abstimmung darüber vorgenommen, ob auf dieser Basis Frieden geschlossen werden sollte, es wäre kaum zweifel-haft, daß die große Masse des italienischen Volkes sich für den Friedensschluß entscheiden würde. Nicht nur die sozia-listische Arbeiterschaft sowie die große Mehrheit der Merikalen und der Anhänger der Giolittianer, sondern auch die Bauern und ein großer Teil der Industrie- und Handelsbourgeoisie würde dafür stimmen. Populär ist in diesen Kreisen der Krieg von An-beginn nicht gewesen, und seitdem hat der Rückgang des Handels, die enorme Verteuerung des Lebensunterhalts, der Kohlen, Rohstoffe und fremden Fabrikate, die zunehmende Bruchlegung industrieller Betriebe, die Zerrüttung der Staatsfinanzen den Widerwillen gegen die Kriegshegerei mehr und mehr ge-steigert. Die Teilnahme am Weltkrieg ist in Italien wesent-lich das Werk der sogenannten Intellektuellen, der Advokaten, Gelehrten, Literaten, höheren Beamten und des von diesen und ihrer Presse mitgerissenen Mittelstandes. Nicht nur die eigentliche Arbeiter- und Bauernschaft, auch die italienische Großbourgeoisie hat nie etwas von der sogenannten militärischen Intervention zugunsten der Entente wissen wollen, denn sie wußte aus ihrer Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse recht wohl, wie stark der Krieg das Wirtschaftsleben des ökonomisch schwachen Landes gefährden würde. Sie ist es auch in erster Reihe, die sich immer wieder der Forderung widersetzt, die italienische Regierung müsse auch Deutschland den Krieg erklären; denn sie begreift nur zu gut, daß wenn Italien nach dem Kriege wieder ausblühen soll, dies nur mit Hilfe des deutschen Finanzkapitals und durch die Steigerung der Ausfuhr nach Deutschland geschehen kann, das schon vor dem Krieg fast 15 Proz. des Gesamt-exports Italiens aufgenommen hat. Freilich, so gern man in jenen Kreisen Frieden schloße, fürchtet man dort andererseits, die Raube Englands durch Abschluß eines Separatfriedens herauszufordern. Was soll das ausgelegene, von England subventionierte Land machen, wenn Britannien plötzlich seine Subsidien einstellt und die Kohlen- und Lebensmittelzufuhr abschneidet? Das Schicksal Italiens wäre in diesem Falle noch viel trauriger als das heute von England miß-handelten Griechenslands. So fügt man sich resigniert in die

Herrschaft der das Staatsruder handhabenden politischen Eliten, die um so weniger zum Friedensschluß geneigt sind, als sie fürchten, einem Mißerfolg ihrer trivialen Kriegspolitik könnte eine für sie gefährliche Abrechnung folgen.

Trotzdem Genosse Cuno in seinem Artikel mit seinem Namen zeichnet, und unseren Lesern bekannt ist, daß die Auffassungen der Redaktion vielfach von denen des Genossen Cuno abweichen, möchten wir doch ausdrücklich bemerken, daß die Redaktion auch für manche in diesem Artikel ausgesprochenen Ansichten die Ver-antwortung nicht übernehmen kann. Unsere eigene Auffassung der Dinge haben unsere Leser aus unseren früheren Darstellungen der italienischen Politik bereits kennen gelernt; auch werden wir im Verlauf der Ereignisse auf die Dinge zurückzukommen haben, so daß sich an dieser Stelle eine besondere Auseinandersetzung erübrigt.
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

Das neue italienische Ministerium.

Rom, 19. Juni. (B. L. V.) (Melbung der Agenzia Stefani.) Der König unterzeichnete heute das Dekret zur Neubildung des Kabinetts, das folgender-maßen zusammengesetzt ist: Boselli Ministerpräsident, Sonnino Auswärtiges, Orlando Inneres, Colosimo Kolonien, Sacchi Justiz, Reda Finanze, Carcano Schab, Fera Post, Morrone Krieg, Corfi Marine, Ruffini Unterricht, B o n o m i Öffentliche Arbeiten, Ariotta Seetransporte und Eisen-bahnen, Raineri Ackerbau und Denava Industrie, Handel und Gewerbe. Bissolati, Bianchi, Comandini und Scio-loja werden Minister ohne Portefeuille. Die Minister leisteten heute morgen dem Könige den Eid.

Eine Aktion der italienischen Sozialisten für die Internierten.

Die denkwürdige Sitzung der italienischen Kammer vom 10. Juni, die zum Sturz des Ministeriums Salandra führte, hatte ein bedeutungsvolles Vorspiel in den Verhandlungen über die Inter-nierten vom 7. Juni, in deren Verlauf es gelegentlich eines Ver-stoßes der sozialistischen Parlamentsgruppe zu den bereits in einem kurzen telegraphischen Bericht gemeldeten tumultuarischen Szenen kam. Diese Vorgänge verdienen eine ausführlichere Behandlung, weil sie die kräftige Art, wie die italienische Sozialdemokratie den Kampf gegen die Willkürherrschaft und das Polizeiregiment der Regierung während des Kriegszustandes führen, in charakteristi-scher Weise beleuchten. Im Laufe der Sitzung unterbreitete der Genosse Turati der Kammer eine Resolution, die die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen der Internierung politisch ver-dächtiger italienischer Bürger sowie der Flüchtlinge aus den „er-lösten“ Landstrichen oder den an die Operationszone angrenzenden Gebieten geißelt. Die Resolution entwirft ein erschreckendes Bild von der Grausamkeit, Rücksichtslosigkeit und Willkür, mit der diese Verordnungen durchgeführt werden, weist auf die Demütigungen und Polizeischikanen hin, denen die armen dem Elend preisgegebenen Opfer der Internierung ausgesetzt sind und verlangt eine schnelle Nachprüfung und Beseitigung der ergötten Maßnahmen. Sie for-dert die Regierung auf, die volle Verantwortung für ihre Haltung zu übernehmen und in die Grenzen der Gerechtigkeit und Mensch-lichkeit zurückzulehren.

In der Begründung der Resolution erklärt Turati, die Regie-rung habe ihr Versprechen, für Abstellung dieser Mißstände zu sorgen, nicht gehalten. Die Sozialisten seien nicht gegen die Inter-nierung im allgemeinen, auch sie beugten sich vor den höheren Notwendigkeiten des Schutzes und der Sicherheit des Vaterlandes, dessen Zusammenbruch sie nicht wünschten, aber sie verlangten ge-bieterisch die Verminderung aller unnötigen Grausamkeiten und Bezationen. Die öffentliche Kritik sei durch die gewalttätige Hand-habung der Zensur so gut wie unmöglich gemacht, die Lage der Internierten sei unerträglich. Die Haltung der Regierung sei un-patriotisch, sie schände den Namen Italiens, erzeuge nur Unzufriedenheit und mache den italienischen Namen in den „er-lösten“ Landstrichen verhasst. Turati schließt mit dem Appell, das verletzte Recht und die Freiheit wiederherzustellen. Hierauf erhebt sich Salandra. Er sucht Stimmung gegen die Sozialdemokraten zu machen und sie ins Unrecht zu setzen, indem er darlegt, wie Turati sich in den Besitz seines Materials gefehlt habe. Es seien Zirkulare und Fragebogen an die Inter-nierten verfaßt worden und Rogari habe den Auftrag er-halten, die Zahl der politisch Verdächtigen unter ihnen festzustellen. Aber auf diese Anklage tönt Salandra aus der Kammer das Echo entgegen: „Er hat nur seine Pflicht getan.“ Der Minister-präsident fährt dann fort: Das Material Turatis sei einseitig und rühre nur von einzelnen her, die an der Sache interessiert seien. Er schwenkt das Zirkular in der Hand und ruft, man ersehe daraus, daß die Kampagne des „Avanti“ in einigen Fällen ihren Zweck erreicht habe. „Wir geben es zu“, ruft ihm Monti Guarneri entgegen. „Ihr verteidigt die Spione“ repliziert ein bürgerlicher Abgeordneter. Die Kammer gerät in heftige Erregung, es bricht ein wilder Tumult los, während dessen die Depu-tierten aufeinander zuströmen und sich mit Schimpfworten überhäufen. Nachdem sich die Aufregung gelegt hat,

seht Salandra seine Rede fort. Er wolle die volle Verantwortung für seine Maßnahmen übernehmen und hege die Hoffnung, daß die Kammer die Resolution Turati ablehnen werde. Hoch einmal faßt dieser in seinem Schlußwort seine Einwände zusammen. Er wendet sich vor allem gegen die Kleinlichen schifanösen Gesichtspunkte, aus denen die Internierung verhängt wird. Es seien Männer inhaftiert worden, bloß weil sie deutsche Frauen zu Gattinnen hätten. Aber warum verhasste man denn nicht eine beliebige hochgestellte Persönlichkeit? (Gemeint ist der Generalstabschef des Königs: der Herzog von Genoa, der mit einer bayerischen Prinzessin verheiratet ist.) Turati beschließt seine Rede mit einer prophetischen Wendung, die den baldigen Fall des Kabinetts andeutet: „Ihr Männer der Regierung seid Säer der Proietracht und des Hasses. Der Tag ist nicht fern, wo man von euch strenge Rechenschaft für eure Taten fordern wird. Das wird ein furchtbarer Gerichtstag für euch werden.“ Noch einmal gelangt dem Ministerium, die drohende Niederlage abzuwenden. Das Kabinett geht als Sieger aus der Abstimmung hervor — aber es ist der letzte Sieg des Ministeriums Salandra. (2)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag: Im Gebiet der Somme mußte sich eine starke deutsche Erkundungsabteilung, die gegen die französischen Gräben vor sich vorging, unter Zurücklassung einiger Gefangenen, zurückziehen. In den Argonnen ziemlich lebhafter Handgranatenkämpfe. In der Gegend von Bauquois bei Fille-Morte verursachte eine französische Minensprengung einen breiten Trichter, dessen südlichen Rand die Franzosen besetzten. Weittragendes französisches Geschützfeuer verursachte einen Brand im Bahnhof von Géhéranges (?), wo Truppenbewegungen gemeldet waren. Am linken Maasufer griffen die Deutschen nach einer Beschädigung von außerordentlicher Heftigkeit mehrmals die neuen französischen Stellungen am „Toten Mann“ an, wobei sie brennende Flüssigkeiten benutzten. Sie wurden mit ernstem Verlusten jedesmal zurückgeschlagen, und die Franzosen behaupteten selbstlos ihre früheren Gewinne. Am rechten Ufer erfolgten mehrere deutsche Angriffe gegen die Gräben nördlich des Werkes von Thiaumont gleichfalls einen blutigen Mißerfolg. Etwas weiter östlich schlugen die Franzosen einen Handgranatenangriff ab. In den Vogesen hielten die Franzosen mit Gewehrfeuer eine deutsche Abteilung an, die einen Handstreich gegen ein unserer Werke 1200 Meter südwestlich von Carpiach versuchte.

Luftkrieg: An der Verduner Front lieferten die französischen Flieger den deutschen zahlreiche Gefechte, in deren Verlauf zwei deutsche Flugzeuge abgeschossen wurden, eins bei Malancourt, das andere bei Sommeville. Drei andere deutsche Apparate, die aus nächster Nähe mit Maschinengewehren beschossen wurden, mußten jenseitig niedergehen; eins bei Fresnes, ein zweites bei Septfarges und das dritte in der Nähe von Velhinourt. In Lothringen lieferten vier französische Flugzeuge vier deutschen Holzerflugzeugen einen Kampf über den deutschen Linien. Ein Holzer stürzte brennend ab, ein anderer wurde östlich Bezanges abgeschossen, ein französisches Flugzeug wurde zur Landung gezwungen. Die französischen Beschleunigungsgeschwader zeigten sich gleichfalls sehr tätig. Sie warfen 24 Bomben auf deutsche Depots beim Bahnhof von Seld (?), in der Gegend von Bouziers, 20 Bomben schweren Kalibers auf die Fabriken von Diedenhofen, wo Explosionen festgestellt wurden und ungefähr 20 Geschosse auf die Flugwerke von Etain und Tergnier. Im Laufe der Nacht warfen deutsche Flugzeuge Bomben auf Pont-a-Mousson, Nancy und Vaccarat. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Paris, 19. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. An der Front nördlich Verdun hat der Artilleriekampf in der Gegend der Höhe 304 und im Abschnitt nördlich des Thiaumont-Werkes eine gewisse Heftigkeit angenommen; kein Infanterieangriff. Auf dem Rest der Front verlief der Tag ruhig außer in den Argonnen, wo der Minenkampf lebhaft in den Gegenden von Volante, Bauquois und Fille-Morte andauerte.

Belgischer Bericht. Im Laufe des Morgens haben die belgischen Schützenregimentbatterien ein Zerstörungsfeuer gegen deutsche Werke nördlich Dignaudin ausgeführt.

Die englische Meldung.

London, 19. Juni. (W. Z. B.) Englischer Heeresbericht. Gestern große Fliegerätigkeit infolge des besseren Wetters. Zu bemerken war ein Anwachsen der feindlichen Lufttätigkeit. Ein englisches Flugzeug griff auf einem Erkundungsflug acht feindliche Flugzeuge an und zwang zwei davon, in den feindlichen Linien niederzugesinken. Es fanden zusammen dreißig Luftkämpfe statt, aber ohne entscheidenden Erfolg. Im übrigen herrschte in den letzten 24 Stunden Ruhe.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 19. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 18. Juni. Westfront: An der Front der Armee des Generals Brussilow leistet der Feind heftigen Widerstand. Er macht an einigen Stellen Gegenangriffe, die von unseren Truppen sämtlich mit Erfolg abgewiesen wurden. Wir machten an verschiedenen Stellen weitere Fortschritte. Wir machten Gefangene und Beute. Gestern nachmittag 4 Uhr nahmen die Truppen des Generals Leischitz den Brückenkopf von Czernowiz auf dem linken Ufer des Pruth. Nach einem heftigen Gefecht beim Übergang über den Pruth, dessen Brücken der Feind gesprengt hatte, nahmen wir Czernowiz. Unsere Truppen verfolgten den Feind, der auf die Karpaten zurückging. Bei der Einnahme des Brückenkopfes Czernowiz machten wir mehr als 1000 Gefangene und erbeuteten Geschütze in der Stadt. Die Truppen des Generals Kaledin wiesen die erbitterten Gegenangriffe der Feinde ab; auch von Deutschen, die sogar von der französischen Grenze herangezogen worden sind. In der Umgegend des Dorfes Hodemieze am Styr wird heftig gekämpft.

Die deutschen und österreichischen Gefangenen werden in langen Zügen zurückgebracht. Bisher sind 77 Offiziere und 2000 Soldaten sowie 8 Maschinengewehre angekommen.

Die Deutschen griffen mit großer Heftigkeit das Dorf Stwbnik auf dem nördlichen Ufer des Stochod an, welches wir ihnen weggenommen hatten; wir wiesen den feindlichen Angriff, ungeachtet des Feuers aus einem Panzerzuge, ab. Hunderte Kosaken eines Regiments griffen unter dem Befehl ihres Chefs Smirnow zweimal den Feind von der Planke an, der zum Angriff vorging. Sie machten zwei Offiziere und eine Anzahl von deutschen Soldaten zu Gefangenen, nahmen fünf Maschinengewehre weg und machten eine große Anzahl Deutscher nieder. Die anderen wurden in Unordnung zurückgeworfen.

Nach den vorliegenden ergänzten Meldungen brachten die Truppen des Generals Kaledin im Laufe der Gefechte in der Zeit vom 5. Juni bis zum 17. Juni an Gefangenen ein: fünfzehn Hundertmann Offiziere, zehn Regimentsärzte, siebzehnhundert Soldaten. Sie erbeuteten dreihundertachtzig Geschütze, zweihundertsechszwanzig Maschinengewehre sowie eine große Menge Kriegsmaterial.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. Juni 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der belgisch-französischen Grenze bis zur Somme hielt die lebhafteste Geschütztätigkeit an.

Ein französischer Handgranatenangriff bei Chavonne (östlich von Bailly) wurde abgewiesen.

Eine deutsche Sprengung auf der Höhe „La Fille-Morte“ (Argonnen) hatte guten Erfolg.

Im Maasgebiet lebten die Feuerkämpfe erst gegen Abend merklich auf. Nachts erreichten sie am „Toten Mann“ und westlich davon, sowie im Frontabschnitt vom Thiaumont-Walde bis zur Höhe Baug große Heftigkeit. Wie nachträglich gemeldet wird, ist in der Nacht zum 18. Juni im Thiaumont-Walde ein feindlicher Vorstoß abgewiesen worden; weitere Angriffsversuche wurden gesichert durch Feuer vereitelt. In den Kämpfen der letzten beiden Tage sind hier rund 100 Franzosen gefangen genommen. Mehrfache nächtliche Angriffsunternehmungen des Gegners im Jamin-Walde wurden im Handgranatenkampf jedes Mal glatt abgeschlagen.

Je ein englischer Doppeldecker ist bei Lens und nördlich von Arras nach Luftkampf abgestürzt, zwei der Insassen sind tot; ein französisches Flugzeug wurde westlich der Argonnen abgeschossen.

Ein deutsches Fliegergeschwader hat die Bahnhofs- und militärischen Fabrikanlagen von Vaccarat und Raon-les-Lettes angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf den nördlichen Teilen der Front keine besonderen Ereignisse. Auf die mit Militärtransporten belegte Eisenbahnstrecke Jachtwitschi—Lunintec wurden zahlreiche Bomben abgeworfen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linzingen wurden am Styr westlich von Kolln und am Stochod in Gegend der Bahn Rowel—Rowno russische Angriffe, zum Teil durch erfolgreiche Gegenstöße, zurückgeworfen. Nordwestlich von Luck stehen unsere Truppen in für uns günstigem Kampf, die Gefangenenzahl und die Beute hat sich erhöht. Südwestlich von Luck greifen die Russen in Richtung auf Goroshow an.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer ist die Lage unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der nördlichen Bukowina und in Ostgalizien keine besonderen Ereignisse. Nordöstlich von Lopuszno griff der Feind mit großer Ueberlegenheit unsere Stellungen an. Das bewährte Infanterieregiment Nr. 44 schlug, unterstützt von vortrefflicher Artilleriewirkung, die neun Glieder tiefen Sturmkolonnen ohne Einsparung von Reserven zurück. Der Feind erlitt schwere Verluste. Auch ein in diesem Raume versuchter Nachtangriff scheiterte. Bei Goroshow und Lohacz wiesen wir starke russische Gegenangriffe ab. Am oberen Stochod wurde Raum gewonnen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern abend wiederholte sich das sehr heftige Feuer der Italiener gegen unsere Stellungen zwischen dem Meer und dem Monte Dei sei Vusi. Ein Versuch des Feindes, bei Selz vorzugehen, wurde sofort vereitelt. Im Nordabschnitt der Hochfläche von Dobberdo kam es zu lebhaften Minenwerfer- und Handgranatenkämpfen. An der Dolomitenfront scheiterte ein feindlicher Nachtangriff bei Ausreddo. An der Front zwischen Brenta und Asiolo wiesen unsere Truppen wieder zahlreiche Vorstöße der Italiener, darunter einen starken Angriff nördlich Monte Meletta ab. Südlich des Bussibols wurde der nächste Höhenrücken erobert. Drei feindliche Geschütze mißlungen. In diesen Kämpfen wurden über siebenhundert Italiener, darunter fünfhundert Offiziere, gefangen genommen, sieben Maschinengewehre und ein Minenwerfer erbeutet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Bogusa in den letzten Tagen Geschützkämpfe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Auf dem rechten Ufer der Strypa nördlich Duzacz ging der Feind zum Angriff über. Er wurde jedoch durch unser konzentrisches Feuer in seine Gräben zurückgetrieben.

Nordwestfront. Nördlich des Waldgebietes und an der Danafront finden an verschiedenen Abschnitten heftige Artilleriekämpfe statt. Unsere Artillerie lagte dem Feind in seinen Gräben und bei seinen Arbeiten in den Stellungen bei Danaburg und südwestlich des Karoczees großen Schaden zu.

Kaukasusfront. Die Lage ist unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 18. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Der andauernde und erbitterte Kampf um die Stellungen, die wir längs des Südrandes des Vedens von Schleggen besetzt halten, bezeugt, daß der Feind hartnäckig die ursprüngliche Gestalt seines Offensivplanes verfolgt. Seine fortwährenden und zähen Angriffe beweisen, daß die Ereignislinie auf der Ostfront die Angriffstätigkeit des Feindes auf der Trentino-Front nicht vermindert, aus der er bis jetzt keinerlei Truppenabziehung vorgenommen hat. Dies wird er in der Zukunft umso weniger tun können infolge unserer energischen Gegenoffensive, welche im Gange ist. Im Laufe des gestrigen Tages zwischen Uff und Aftach Artillerietätigkeit und Tätigkeit unserer Abteilungen, die feindliche vorgeschobene Posten angriffen und in die Flucht jagten, wobei sie Wasser und Munition erbeuteten. Südwestlich von Schleggen erneuerte der Feind nachdrücklich seine wütenden Anstrengungen, um sich einen Weg durch unsere Linien zu bahnen, hauptsächlich zwischen dem Monte Lemerle und dem Monte Magna Lofati. Er wurde mit sehr schweren Verlusten immer wieder zurückgeschlagen. Zwischen den Tälern Frenzela und Marcesina dauert das Vordringen unserer Infanterie durch heftiges Artillerie-

feuer des Feindes und seine starken in schwierigem Waldgelände eingegriffen und mit zahlreichen Maschinengewehren gespickten Stellungen erzwungen an. Radikalischen Vorstößen zufolge machten im Laufe des Kampfes vom 16. d. M. unsere tapferen Alpini 800 Gefangene, darunter sieben Offiziere, und nahmen dem Feinde ein Dutzend Maschinengewehre, ab, abgesehen von der schon gemeldeten Geschützbatterie. Im Suganatal neue Fortschritte unserer Truppen links des Masobaches. Am Fozzo Artilleriekämpfe. Im Abschnitt von Ronfalcone schlugen wir in der Nacht zum 17. Juni feindliche Gegenangriffe zurück, welche bezweckten, die vorher von uns eroberten Stellungen zurückzuerobern.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 18. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 17. Juni. Im Bardarale melder man täglich wenig heftige Artilleriekämpfe und Zusammenstöße zwischen Kavallerien. Auf der übrigen südlichen Front herrscht Ruhe. Seit einiger Zeit vernichten die Engländer und Franzosen die Ernte mittels Brandbomben. Am 16. Juni warfen vier iranische Flugzeuge in der Umgegend der Dörfer Sineli und Tarachmanli (an der Mündung der Westa) einige Bomben besonderer Beschaffenheit, um die Acker in Brand zu setzen. Sie verursachten hierdurch Brände, die sofort gelöscht wurden. Gestern abend warf ein feindliches Flugzeug fünf Bomben auf Bitolia. Zwei Zivilpersonen wurden leicht verwundet. Der Schaden ist unbedeutend. Andere feindliche Flieger warfen Bomben auf Baladono, Dedeli und Doiran, aber ergebnislos. Unsere Flieger besetzten die feindlichen Bivacs bei Kara, Sinanti, Smol, Kalinomo, Mitschailomo sowie das Lager und den Flugplatz bei Kufutsa mit Bomben. Alle unsere Flieger kehrten unverfehrt zurück.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. Juni. (W. Z. B.) Bericht des Hauptquartiers. In der Front keine Veränderung. An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel kein Ereignis von Bedeutung. Im Zentrum an einzelnen Stellen Austausch von Infanterie- und Artilleriefeuer. Auf dem linken Flügel besetzten unsere Erkundungsabteilungen einige Vorpostenstellungen des Feindes, vertrieben ihn daraus und fügten ihm Verluste zu.

Ein Torpedoboot und zwei feindliche Flugzeuge, die auf dem Meere bei der Insel Keusten bemerkt wurden, wurden durch unser Feuer vertrieben. Zwei unserer Flugzeuge überflogen die Insel Tenebos, warfen mit Erfolg Bomben auf Anlagen des Feindes und kehrten unverfehrt zurück.

Englische Meldung aus Mesopotamien.

London, 19. Juni. (W. Z. B.) General Sale, der Oberbefehlshaber in Mesopotamien meldet: In der Nacht vom 16. zum 17. Juni machte der Feind einen erfolglosen Bombenangriff auf unsere Gräben an der Front von Sannat. Die Schilderung im türkischen Bericht vom 17. Juni von einem englischen Landungsversuch am nördlichen Euphratufer ist entweder vollkommen erfunden oder eine unrichtige Darstellung der erfolgreichen Strafexpedition, die im englischen Bericht vom 19. Juni erwähnt worden ist.

Indisches Expeditionskorps in Persien.

Petersburg, 18. Juni. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Ein Telegramm aus Teheran meldet, daß das von der indischen Regierung aufgestellte Expeditionskorps Korina erreicht und alle Punkte in der Provinz besetzt hat, die von Bedeutung sind, um die Ordnung in der ganzen Gegend bis zum Persischen Golf aufrechtzuerhalten und die Feinde zu verhindern, in Beludschistan und Afghanistan einzudringen und die muslimanische Bevölkerung dieser Länder gegen England in Aufruhr zu bringen. Die Alliierten halten von jetzt ab den ganzen südöstlichen Teil Persiens, der ihr Einflußgebiet bildet, fest in ihren Händen.

Sir Edward Goschen über die englischen Friedensbedingungen.

Wie wir bereits nach einer Wolff-Meldung berichtet haben, hat der letzte englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, an den englischen Journalisten Julian Grawden einen Brief gerichtet, in dem er zu verschiedenen Kriegs- und Friedensfragen Stellung nimmt. Aus diesem Brief, der in der „Neuen Zürcher Zeitung“ abgedruckt ist, entnimmt das „W. Z.“ nach folgende Stellen:

„Es ist mir nicht entgangen, schreibt Goschen, daß während der letzten Monate in der schweizerischen Presse zahlreiche Artikel erschienen sind, in denen behauptet wird, Deutschland sei sowohl zu Wasser als zu Lande siegreich und es sei bereit, in eine Besprechung der Friedensfrage einzutreten. Auch Frankreich und Rußland wären dazu geneigt, wenn sie nicht daran durch Großbritannien verhindert würden. Obgleich ich mich seit Kriegsausbruch vom öffentlichen Leben zurückgezogen und keinerlei offizielle Stellung mehr inne habe, so habe ich doch die Strömungen in der öffentlichen Meinung sehr aufmerksam verfolgt. Auch war ich in der günstigen Lage, zahlreiche Beziehungen mit hervorragenden regierenden Staatsmännern und mit Vorkämpfern der öffentlichen Meinung des englischen Volkes zu unterhalten. Ich darf deshalb wohl behaupten, die Stimmung des Volkes und seiner Vorkämpfer über den Verlauf des Krieges zu kennen. Auch weiß ich, wie sie die Friedenspropaganda in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten und in den anderen neutralen Ländern einschätzen. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen meine Beobachtungen vorzulegen, da sie unsere Haltung erklären. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit zugunsten des Friedens ist in England nicht unbemerkt geblieben, hat aber hier viel weniger Interesse geweckt, als in neutralen Ländern oder in Deutschland, aus dem einfachen Grunde, weil England zurzeit nicht an den Frieden denkt. Die kleine Gruppe von Leuten, die hier dem Frieden geneigt ist, ist heute nicht zahlreicher als vor einem Jahre (?). Sie ist im Parlament fast gar nicht vertreten (?), und man kann behaupten, daß die Regierung in der Praxis keine Rücksicht auf sie zu nehmen braucht (?). Das Hindernis, an dem sich alle Bestrebungen dieser Art unfehlbar brechen müssen, ist die Tatsache, daß das englische Volk weiß, daß die Ziele, um derenwillen Großbritannien in den Krieg zog, noch nicht erreicht sind. Man kann sicher sein, daß das englische Volk so lange kein Friedensgerade dulden wird, bis Aussicht auf Erreichung dieser Ziele besteht, und daß jede britische Regierung, die es zurzeit wagen würde, die Friedensfrage zu erörtern, sofort gestürzt würde. Ich möchte übrigens Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß der deutsche Reichskanzler die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit wäre, Frieden zu schließen, niemals bekanntgegeben hat. Er scheint der Ansicht zu sein, daß die Ententeemächte bereit sind, weil sie bis jetzt noch nicht siegreich waren, und daß es deshalb an ihnen sei, um Frieden zu bitten. Die Antwort hierauf ist höchst einfach und lautet wie folgt: Die Ententeemächte bestritten die Behauptung, besiegte zu sein! Daß ihre Armeen weder in Magdeburg noch in Breslau stehen, daß Belgien und Serbien, sowie bedeutende Gebiete Frankreichs und Rußlands von ihren Feinden besetzt sind, ist selbstverständlich wahr. Wenn aber zur Beurteilung der Lage der beiden kriegführenden Gruppen,

Wie der Reichskanzler dies stets betont, doch die Größe der besetzten feindlichen Gebiete in Frage kommt, dann kann die Entente darauf hinweisen, daß die Zentralmächte 110 000 Quadratmeilen feindlichen Gebiets, die Mächte der Entente hingegen 678 000 Quadratmeilen besetzt haben. Aber diesen Vergleichsmaßstab haben die Regierungen der Entente niemals gelten lassen und sie werden ihn auch nie gelten lassen. Glauben die Deutschen oder Neutralen etwa, das englische Volk habe ein so kurzes Gedächtnis, daß es vergessen habe, wie bei Waterloo, dank seinen Anstrengungen zur See und seiner finanziellen Beiträge, der letzte Versuch einer europäischen Vorherrschaft zunichte wurde? Selbst wenn durch irgendein Wunder der Entente die letzte Kanone und das letzte Geschütz zerstört gingen, so wäre die Entente flotta noch immer imstande, nach Belieben zu bestimmen, ob ein einziges deutsches Dampfschiff Ostsee oder Nordsee passieren könnte. Wenn sich das deutsche Volk und seine Regierenden einmal dieser Tatsache bewußt werden (und das wird kommen), dann werden sie vielleicht geneigt sein, Friedensbedingungen vorzuschlagen, die für die Ententemächte annehmbar sind. Solche Vorschläge müssen aber die von den Zentralmächten begangenen Fehler wieder gut machen und die Mittel zugestehen, die zum Wiederaufbau des von ihnen zerstörten nötig sind.

Die Friedensarbeit der englischen Genossen.

Eine Million Unterschriften für das Friedensverhandlungsmemorandum verlangt der Labour Leader. Er sagt: mit weniger dürften sich die Verantwortlichen nicht zufriedengeben, dann aber werde das Memorandum sich als ein starker Faktor in der Beschleunigung der Beendigung des Schlichtens in Europa erweisen. Werde es nicht von diesen unterzeichnet, so werde es den entgegengekehrten Erfolg haben. Dann werde es die Regierung ermutigen, der Verlängerung des Krieges ruhig zuzusehen, werde es die Jingo's, Militaristen und Reaktionsäre glauben lassen, daß nur eine unbedeutende Zahl in England den Frieden wünsche, und sie würden dann in ihrer zehrenden Politik fortfahren.

Inzwischen hat eine Propaganda großen Stils für das Memorandum begonnen. Zwei Millionen kleiner Flugblätter sind zur Verteilung ausgegeben worden und 100 000 Formulare mit Raum für 2 500 000 Unterschriften. Die erste Versammlung, in der über die Friedensabsicht gesprochen wurde, hat am 3. Juni mit dem Genossen Snowden als Referenten stattgefunden. Am 8. und 9. Juni waren gleiche Versammlungen in Manchester und Liverpool vorbereitet. In Birmingham, Bristol, Glasgow, Edinburgh, Leicester, Southampton, Portsmouth, Swansea haben sich Komitees für die Propaganda gebildet, eine fräftige Nachfrage nach Abzügen des Flugblatts kam auch aus ländlichen Bezirken, wo die Landarbeiter sehr eifrig für die Friedenssache arbeiten.

Durch die ausweichende Antwort Sir Edward Grey auf die Medien des Liberalen Konvents und des Genossen Ramsay MacDonald lassen sich die Genossen der Unabhängigen Arbeiterpartei nicht entmutigen. Sie sind der Ansicht, daß dieser Rede nicht allzuviel Beachtung geschenkt werden solle. Ihr bemerkenswertester Zug sei die „sorgfältige Auslassung jeder Antwort auf die Fragen gewesen, die Mr. Bonsonby und Mr. MacDonald in bezug auf das Gerücht stellten, daß Großbritannien einen Vertrag geschlossen habe, den Krieg fortzusetzen, bis Konstantinopel für Rußland gewonnen sei... Sein Schweigen kann nur als Bestätigung des Gerüchts gedeutet werden.“ Labour Leader fragt, ob das britische Volk erlaube, daß diese Haltung fortgesetzt werde, ob es erlaube, daß Tausende von Leben geopfert würden für ein Objekt, das eben die Prinzipien verleihe, die zu verteidigen sie zu den Fahnen gerufen würden!

Die Unabhängige Arbeiterpartei hat ein Recht zu dieser Frage, denn sie hat während des Krieges seit zu ihren Prinzipien gestanden und ist überall auch unter den schwierigsten Verhältnissen für sie eingetreten. Nur der hat ein Recht über Verletzung von Grundsätzen zu klagen, der seinen eigenen Grundsätzen treugeblieben ist.

Neue Unruhen in Dublin.

London, 19. Juni. (W. L. W.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus ist es gestern in Dublin zu Unruhen gekommen, als die Polizei gegen einen Umzug einschritt, der mit der republikanischen Fahne von einer Gedächtnisfeier für zwei kürzlich hingerichtete Sinnkämpfer zurückkehrte. Drei Polizeibeamte trugen Verletzungen davon, sieben Personen wurden verhaftet.

Landtagswahlen und Sozialdemokratie in Finnland.

Von M. Marina.

Die Neuwahlen für die finnische Volkvertretung sind, wie vor drei Jahren, auf den 1. bis 8. August festgesetzt. Soweit von einer Wahltagung geredet werden kann, ist sie bereits im Gange. Der Generalgouverneur hat bekanntgegeben, daß Wahlversammlungen seitens der Polizei nicht verhindert werden sollen. Aber die „Freiheit“ der Wahlversammlungen unter dem Belagerungsstand ist doch ein eigen Ding, namentlich bei der großen Macht der russischen Gewalt. Soweit die Wahlpropaganda sich auf die Interna des finnischen Parteilbens bezieht, wird sie zugelassen. Aber sowohl in der Provinz wie in Versammlungen können auch diese Fragen nur oberflächlich berührt werden, da sie mit Regierungsmassnahmen resp. mit der Stellungnahme der Parteien zu diesen Maßnahmen zusammenhängen, die nicht erörtert werden dürfen.

Die Neuwahlen haben den großen bürgerlichen Parteien Finnlands, den Jung- und Altfinnen, Anlaß gegeben, Einigungs- und Versöhnungsgedanken auszusprechen. Es wurde viel davon geredet, ein allgemeines Wahlkompromiß zustande zu bringen, das natürlich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein sollte. Daneben wurde aber auch die völlige Verschmelzung der beiden Parteien propagiert. Ein Führer der Altfinnen, Herr Kairamo, führte in einem Artikel aus, daß es zwischen den Jung- und Altfinnen eigentlich keine Trennungspunkte gebe; beide ständen auf demselben Boden, beide hätten die gleichen Ziele. Gegenüber, die z. B. vor zehn Jahren unüberbrückbar schienen, seien abgeflaut und damals gesetzte Ziele durch die tatsächlichen Zustände zu sehr bedingbaren Begriffen geworden, deren Verwirklichung erst eine ferne Zukunft bringen könne. Weder die eine noch die andere Partei könne etwas in den Wahlkampf hineinbringen, was die Wähler mit Begeisterung erfüllen würde. Nur Worte, die niemand begreifen, seien übrig geblieben. Das aber noch zu begreifen imstande wäre, das Vaterland und sein Wohl, werde von beiden Parteien im gleichen Sinne ausgelegt.

Das ist ganz richtig: an begeisterungsfähigen Idealen und an großzügigen Zielen sind nicht nur diese beiden, sondern alle bürgerlichen Parteien arm; bei allen sind nur inhaltslose Phrasen als Agitationsmittel übrig geblieben; und der Hinweis auf das „Vaterland und sein Wohl“ ist nur eine Aulisse, die diese Inhaltlosigkeit verbergen soll.

Die Sozialdemokratie steht natürlich viel günstiger da: sie hat Ideale und Ziele, die die Wähler zu begeistern vermögen; sie hat aber auch praktische Maßnahmen und Tagesforderungen, die ihr neue Anhänger zuführen und alte festhalten. Augenblicklich steht die Agrar- oder Bäckerfrage, dieser wundere Punkt der finnischen Wirtschaftspolitik, brennender auf der Tagesordnung als je zuvor. Als das neue Wahlgesetz 1909 angenommen wurde, wurde eine Karenzzeit von 7 Jahren bestimmt, in der die alten Verträge auf Grund des neuen Gesetzes erneuert werden sollten, ohne daß Änderungen vor Ablauf dieser Frist erledigt werden dürften. Im März d. J. lief diese Zeit ab. Von 160 000 Pächtern gab es etwa 60 000, denen die Verträge nicht erneuert worden waren

und die jetzt ihre Pachtstellen hätten verlassen müssen. Das wäre zu einer Katastrophe geworden, wenn 60 000 Familien ohne Obdach und ohne Erwerb geblieben wären. Sie wurde diesmal durch das Nachwort des Zaren verhindert: ein Regierungsdekret verlängerte den Zustand der abgelassenen Karenzzeit bis zur gesetzlichen Regelung dieser Frage.

Die Sozialdemokratie propagiert nun eine Lösung der Pächterfrage, die den Pächtern annehmbar ist und daher unter dieser großen Bevölkerungsschicht neue Freunde werden wird. In der Hauptsache handelt es sich um den Wert der Arbeit, welche die Pächter resp. ihre Vorgänger auf den Pachtstellen zur Verbesserung und Wertsteigerung geleistet haben. Der Boden ist durch die Pächter kultiviert und mit Wirtschaftsgebäuden versehen worden. Aber die Ansprüche der Pächter sind stillig, weil keine neuen Verträge vorliegen. Auf diesen Umständen gestützt, möchten die Grundbesitzer, die Großbauern und Gutsherren, die durch die Arbeit der Pächter bewirkte Wertsteigerung für sich behalten. Sie möchten die Pachtstellen entweder als freie Marktware für den heutigen Marktpreis verkaufen, ohne den Pächtern irgendeine Entschädigung zuzugestehen, oder aber sie möchten den den Pächtern abzunehmenden Boden ihren eigenen Wirtschaften zuschlagen, ohne den Pächtern überhaupt eine Abfindungssumme zu zahlen. — Die Sozialdemokratie dagegen tritt als Vertreterin der Pächter auf und verlangt eine Regelung durch das Gesetz. Vor allen Dingen müßte das Gesetz das Eigentumsrecht der Grundbesitzer einschränken und eine Kündigung nur in äußersten Fällen zulassen — ohne Schädigung der Interessen der Pächter. Auf alle Fälle müßte das Gesetz den Pächtern den Anteil der Wertsteigerung sicherstellen, der durch ihre eigene oder durch die Arbeit ihrer Vorgänger bewirkt worden ist.

Die Propaganda auf dieser Grundlage ist nicht nur unter den Pächtern äußerst wirksam, sondern auch die große Masse der landlosen Landarbeiter läßt sich dadurch gewinnen.

Außerdem gibt die maßlose Teuerung der Lebenshaltung während des Krieges der Sozialdemokratie gutes Agitationsmaterial in die Hand. Durchschnittlich betrug die Teuerung schon zu Anfang dieses Jahres in Finnland zirka 50 Proz. verglichen mit Juli 1914. — Dazu die ungeheuren Gewinne der Spekulant und Unternehmer aller Art. Während die Kapitalisten sich im Goldregen baden, leiden die großen Massen unter allerlei Unbill äußerster Not. Denn mit der Teuerung der Lebenshaltung sind die Arbeitsverhältnisse während des Krieges entschieden schlechter geworden. Einige Arbeiterkategorien leiden unter Arbeitslosigkeit, weil die Ausfuhr ihrer Arbeitsprodukte durch den Krieg verhindert wird; andere Industrien leiden unter dem Mangel an Rohstoffzufuhr.

Die Sozialdemokratie hat die Wahlpropaganda in den gegebenen Grenzen aufgenommen. Es sind bereits zahlreiche Wahlversammlungen abgehalten worden. Auch der 1. Mai wurde dazu benutzt. Kundemonstrationen im Freien waren unersagt. Der Tag wurde in geschlossenen Räumen gefeiert, und zwar wurden Wahlversammlungen auf diesen Tag anberaumt. Die Auffstellung der Kandidaten hat bereits stattgefunden, alle Wahlvorbereitungen erfolgen in der gewohnten Weise. Offenlich wird auch das Wahlergebnis den bisherigen Siegen ebenbürtig sein.

Was ist der „preussische Militarismus“?

Genosse Jean Longuet schreibt im „Populaire du Centre“ vom 13. Juni: Die Frage des „preussischen Militarismus“ beleuchtet die New Yorker Zeitschrift „The New Republic“ in so interessanter Weise, daß wir uns näher damit befassen müssen. Sie sagt: Der Ausdruck „preussischer Militarismus“ bezeichnet zurecht nicht eine konkrete Realität, sondern eine merkwürdige Mischung von Ehrfurcht und Liebe. Alle Welt gebraucht den Ausdruck, es ist jedoch sehr schwer, ihn zu definieren, und niemand hat bis jetzt genau gesagt, was er darunter versteht.

Ist es die allgemeine Dienstpflicht, der deutsche Staatssozialismus, der ausgeprägte Nationalismus des deutschen Geistes? Die technische Entwicklung der deutschen Erziehung? Die imperialistischen Bestrebungen des deutschen Ausfuhrhandels? Ist es die persönliche Annahme der deutschen Offiziere, wie sie der „Simplissimus“ zeichnet, und wie sie sich in Bayern gezeigt hat? Ist es die Doktrin, daß jede Nation sich selbst Gesetz ist und nicht die Schwachen zu respektieren braucht, wie in Belgien, oder die Nichtkombatanten, wie bei der „Lustitia“? Ein Freund der Verbandsmächte würde darauf wohl antworten, daß von all dem etwas dabei sei. Ein Verteidiger Deutschlands würde fragen, ob die Verneinung des preussischen Militarismus bedeuten würde die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, die Festhaltung der technischen Organisation Deutschlands, das Verbot jeder kolonialen Expansion — die doch auch nichts anderes wäre als die Expansion Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten. Er würde fragen, was insbesondere die Verbandsmächte ihnen wegnehmen wollen, um das Gift auszurotten, das sie den preussischen Militarismus nennen. Sie sind bereit, Belgien zu räumen, es zu entschädigen, Frankreich zu räumen. Sie fragen, ob die Besetzung Konstantinopels durch die Russen eines der Hauptmittel gegen den preussischen Militarismus sei, ob es die Eingabe Galliens an ein russisches Volk wäre oder die Abtretung der von Slawen bewohnten dalmatinischen Küste an Italien oder die Proklamation an Serbien. Die Verbandsmächte würden wohl erwidern, daß all dies nicht die Heilung der inneren Krankheit Deutschlands bedeuten würde, daß es aber nötig sei, damit Deutschland und die ganze Welt einen schlagenden Beweis der Niederlage Deutschlands vor Augen habe. Nur so kann Deutschlands Hochmut gebrochen werden. Währenddessen erzählt der Deutsche, daß man den preussischen Militarismus niederhalten will, wenn man gegen sein Land eine allgemeine Jollation ousden und ihn von allen Mächten der Welt ausschließen will. Das Resultat ist natürlich, seinen Kampfesgeist zu stärken. Wenn das das Regime ist, so dem man uns verurteilen will, sagt er sich, so wird es um so besser um uns stehen, je mehr Land wir erobern können. Wenn der Verband eine permanente Organisation gegen Deutschland werden soll, dann ist unsere einzige Hoffnung, ein Bündnis von Mitteleuropa zu bilden, von Antwerpen bis Bagdad, von Aurland bis Telex, und in seinem Inneren in einer bewaffneten Jollation zu leben.

Je mehr die Verbandsmächte durch solche konkreten Vorschläge ein Ideal der Zerschöpfung des preussischen Militarismus aufstellen, um so enger werden sich die Deutschen an denselben klammern. Der preussische Junke wird zum Sozialisten sagen: Du hastest und wegen Bayern, wegen des Wahlrechts, wegen unserer politischen Vorherrschaft. Aber der Krieg, der angeblich gegen uns geführt wird, geht in Wirklichkeit gegen Dich, gegen Deine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten: die Preise vom preussischen Militarismus ist nur das Gift für allen Haß und allen Neid, den Deutschland erweckt. Wenn sie Europa gegen uns einigt, muß sie uns gegen Europa einig.

Das sind dieselben Fragen, bemerkt Longuet hierzu, die neulich im englischen Parlament Ramsay MacDonald gestellt hat. Er zeigte, daß es eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks sei, „vor den Völkern Deutschlands und Österreichs“ klar die Ziele, welche wir verfolgen, zu definieren und in dieser Hinsicht alle Mißverständnisse zu zerstreuen, welche das tolle Dramatisieren und der verbrecherische Ehrgeiz von Jingo's und Imperialisten heraufbeschworen haben.

Eine Kriegsdiskussion der italienischen Sozialisten.

In der Versammlung der Mailänder Sektion der sozialistischen Partei vom 2. Juni fand laut „Avanti“ eine Aussprache über die parlamentarische Taktik statt, die mordsinteressante Einblicke in die Anschauungen der italienischen Partei gestattet. Genosse Mandolfo trat als Kritiker der parlamentarischen

Fraktion auf. Er erklärte, die Ereignisse der letzten Zeit hätten zum Teil alle Auseinandersetzungen über die Meinungsverschiedenheiten in der Partei überflüssig gemacht. Heute sei es jedoch notwendig, alle Meinungen kennen zu lernen und alle Kräfte einzuschärfen, um den Weg zu finden, der nunmehr eingeschlagen werden müsse. Er erinnerte an die Grundbegriffe der marxistischen Doktrin, die die Prinzipien der internationalen Gemeinschaft als einer Gesellschaft der Nationen fixiert und er erklärte, daß, wenn die Kraft des Proletariats in jedem Lande stark genug gewesen wäre, um den Willen und die Direktiven der Regierungen zu beherrschen, die Menschheit diesen schrecklichen Krieg nicht erlebt haben würde. Es habe keinen Sinn, nachzuforschen, warum dem Proletariat diese Kraft gefehlt habe. Das Proletariat müsse suchen, die Ereignisse unserer Zeit in ihrem tiefsten Wesen zu ergründen, um sie beherrschen zu lernen. Die Aktion der Partei in bezug auf den Krieg sei vor allem eine negative gewesen. Sie habe geglaubt, die feindliche Haltung gegen den Krieg genüge schon, um ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Sie habe aber die Ursache der Reibungen zwischen den einzelnen Staaten festgestellt. Nach der sozialistischen Doktrin liege die Grundursache des Völkerverhaßes in den gesellschaftlichen Einrichtungen und in dem ihnen zugrunde liegenden Privateigentum. Aber es gebe auch andere sekundäre Ursachen, die beseitigt werden können, noch ehe es dem Proletariat gelungen ist, die kapitalistische Staatsordnung zu stürzen. Genosse Mandolfo wies ferner auf das Problem der Jölle, die die Zwistigkeiten unter den Staaten schüren und jagte, es liege im Interesse des Proletariats, diese Fragen in kritischen Momenten, die die Nationen durchlebten, zu lösen. Aufgabe der sozialistischen Partei im Parlament sei es, diese Fragen zu studieren und sich dazu mit den Parteien anderer Länder in Beziehung zu setzen. Dies sei bisher nicht geschehen, könne aber noch nachgeholt werden, besonders wenn es sich darum handeln werde, den Frieden herbeizuführen. Das Proletariat müsse Vorkehrungen treffen gegen die Gefahr, in der Stunde des Friedensschlusses jene industriellen Klassen triumphieren zu sehen, die sich heute bemühen, ihren Willen zu diktiert.

Casati, der im Namen einer sozialistischen Arbeitergruppe sprach, hob hervor, daß die Tätigkeit der Parlamentsgruppe — unabhängig von dem Willen ihrer Mitglieder — wenig offen und entschieden gegen den Krieg gerichtet gewesen wäre. Sie habe die eigene Verantwortlichkeit von der der Regierung getrennt und daran habe sie gut getan. Aber mitunter schien es doch, daß die Stimme des Sozialismus sich in der gesetzgebenden Versammlung nicht hervorgebracht habe. Er besprach einige wichtige Erscheinungen dieses Krieges, die Ziele der Regierungen, die Schäden, die den Völkern durch ihn zugefügt werden und schloß, indem er der Versammlung eine motivierte Tagesordnung vorlegte. Damit war die Diskussion geschlossen. Treves antwortete in einem Schlüsselwort, in dem er zugab, daß eine gewisse Differenz im Tone zwischen der parlamentarischen Gruppe und dem „Avanti“ bestehe. Aber das Wille, in dem sich die Tätigkeit beider Organe vollziehe, sei zu unterscheiden, um zu verlangen, daß ihre Tätigkeit sich völlig decke. Er erregte Casati, die Parlamentsredner müßten unbedingt eine Kritik der konkreten Tatsachen der bürgerlichen Politik enthalten und sich nicht auf prinzipielle Erklärungen beschränken, wenn sie wirksam sein sollten. Aber man könne nicht sagen, daß die parlamentarische Aktion sich je von den Grundsätzen des Sozialismus entfernt habe. Wir müssen, so führte er aus, die konkreten Tatsachen dieses Krieges unteruchen und auf ihnen die sozialistische Kritik errichten. Für uns Sozialisten ist die Orientierung völlig klar. In dieser Beziehung müssen wir die einfachste und elementarste Maxime zugrunde legen. Wir müssen die besten Ergebnisse zu einem möglichst billigen Preis anstreben. Das ist alles.

Das Schlusswort von Treves wurde mit großem und anhaltendem Beifall aufgenommen.

Aufgebot der amerikanischen Miliz.

Washington, 18. Juni. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Präsident Wilson hat die Miliz aller Einzelstaaten für den Dienst an der mexikanischen Grenze aufgeboten. Die Miliz wird je nach den Bedürfnissen an die Grenze geschickt werden. Man beabsichtigt keinen weiteren Einmarsch in Mexiko, außer zur Verfolgung der Banditen, die auf amerikanischem Boden Verbrechen begehen.

Abendung weiterer Kriegsschiffe an die mexikanische Küste.

Washington, 19. Juni. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gleichzeitig mit der Mobilisierung der Miliz für den Dienst an der mexikanischen Grenze hat das Marinedepartement weitere Kriegsschiffe zum Schutze der Amerikaner nach den beiden mexikanischen Küsten geschickt.

Letzte Nachrichten.

Oesterreich führt die Kaffeearte ein.

Wien, 19. Juni. (W. L. W.) Um für die Bevölkerung den Genuß des Kaffees sicherzustellen und andererseits um den Kaffeepreis möglichst niedrig und stetig zu halten, werden durch eine morgen erscheinende Ministerialverordnung die vorhandenen Kaffeevorräte gespart und einer vom Ministerium des Innern legitimierten Kriegshilfszentrale das Verfügungsrecht über die Kaffeevorräte eingeräumt. Dieser Zentrale wird der feinerzeit von der Staatsverwaltung erwerbene Salvoationskaffee zum Selbstkostenpreise überwiesen, der zu dem Detailpreis von acht Kronen pro Kilogramm in Verkehr zu bringen ist. Im Interesse einer möglichst sparsamen Verwendung und Streckung der vorhandenen Vorräte wird eine Kaffeearte eingeführt. Der Kaffeezentrale wird es möglich sein, auch anderen von ihr erworbenen Kaffee zu dem oben genannten Preise in Verkehr zu setzen.

U-Boot-Angriff auf einen deutschen Dampfer.

Halsberg (Schweden), 19. Juni. (W. L. W.) Das Watt „Sulzenbergs Posten“ erzählt, daß der deutsche Dampfer „Cin“ aus Hamburg, der sich auf der Reise von Kristiania nach Lübeck befand, heute früh nördlich von Halsberg anderthalb Seemeilen von der Küste versenkt wurde, wahrscheinlich von einem britischen Unterseeboot. Nachdem ein Warnungsschiff gegen den Dampfer abgeschossen war, hielt dieser an und die Besatzung verließ das Schiff und ruderte an Land. Währenddessen schoß das Unterseeboot etwa 40 Granaten gegen den Dampfer, der sich auf die Seite legte und zu sinken begann. Einige Geschosse des U-Bootes fielen an Land. Man sah dann einen zweiten Dampfer sich der Stelle nähern. Der letzte Schuß des Unterseebootes gegen die „Cin“ zersplitterte die Kommandobrücke.

Ein schwedisches Torpedoboot, das den Nachdienst auf dieser Strecke ausführt, war unterdessen angelangt, ging in voller Fahrt zwischen dem zuletzt angelegten Dampfer und dem Unterseeboot und gab einen Warnungsschiff ab, worauf das Unterseeboot verschwand.

Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 19. Juni. (W. L. W.) Pariser Blätter enthalten eine Novasmeldung, daß in San Remo die Besatzungen eines englischen Dampfers und zweier italienischer Segelschiffe landeten, die im Mittelmeere von einem Unterseeboot versenkt wurden.

Ueberschwemmungen in Holland.

Amsterdam, 19. Juni. (W. L. W.) Infolge des hohen Wasserstandes auf der Zuidersee wurde das Halberland Oosterschelde zwischen Edam und Schoordevaam überschwemmt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Von der Firma St. u. Co. wünscht der Maschinenformer B. einen Kriegsschein, da er seiner Meinung nach bei einer anderen Firma mehr verdienen kann. Zurzeit hat B. 1.40 M. pro Stunde. Die Firma erklärt, daß sie schließlich bereit wäre, den Verdienst des Formers noch um etwas zu erhöhen. Der Formler soll sich zu dem Zweck mit seinen Vorgesetzten in Verbindung setzen. Die Erteilung eines Kriegsscheins wird abgelehnt.

Der Hobler A. von der Firma Sch. will aufhören, weil ihm seiner Meinung nach zu Unrecht eine Strafe von 8 M. abgezogen ist. Im Laufe der Auseinandersetzung stellt sich heraus, daß der Hobler im Unrecht ist, da er ohne Grund abgelehnt hat, eine Anordnung der Vorgesetzten zu befolgen. Im Laufe der Auseinandersetzung erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Strafe auf 1,50 M. ermäßigt wird. Ein Kriegsschein wird nicht erteilt.

Von derselben Firma kam der Dreher K. und wollte einen Kriegsschein, weil er bei einer Arbeit, die 20 Stunden gedauert hat, nicht zu seinem üblichen Verdienst gekommen ist. Da der Meister der betreffenden Abteilung auf einige Tage von Berlin abwesend ist und Aussicht besteht, daß bei dessen Rückkehr eine Verständigung im Betrieb möglich ist, wird die Sache zurückverwiesen, um zunächst den Verlust einer Verständigung im Betrieb zu machen. Sollte der Versuch nicht gelingen, wird die Angelegenheit in der nächsten Sitzung nochmals verhandelt.

Der Dreher P. von der Firma G. möchte seinen Kriegsschein, da er nicht genügend verdient. (17 Jahre, pro Stunde 95 Pf.) Da der Dreher sich erst noch verabschieden muß, wird sein Gesuch auf Erteilung eines Kriegsscheins nicht als berechtigt anerkannt. Es wird ihm aber in Aussicht gestellt, daß er eine Zulage erhält, sobald er sich mit seinen Leistungen verabschiedet.

Der Elektromonteur W. von der Firma L. will einen Kriegsschein, da er nicht ausreichend verdient. Im Laufe der Auseinandersetzung erklärt sich die Firma bereit, dem Elektromonteur einen Kriegsschein zu erteilen.

Der Schlosser K. von der Firma S. will aufhören, weil er mit seinem Verdienst nicht zufrieden ist. Mit dieser Firma ist aber erst vor wenigen Tagen ein Abkommen getroffen, und zwar durch Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen. Der Verdienst des Schlossers entspricht diesem Abkommen, und kann deshalb ein Kriegsschein nicht erteilt werden.

Der Hobler N. von der Firma V. will aufhören, weil er glaubt, mit dem festgesetzten Preis seinen üblichen Verdienst nicht zu erreichen. Im Verlaufe der Auseinandersetzung wird ihm dies aber zugesichert, und macht sich damit die Erteilung eines Kriegsscheins unnötig.

Der Werkzeugmacher R. von der Firma B. u. C. möchte einen Kriegsschein, weil er zu wenig verdient. Der Vertreter der Firma erklärt sich bereit, den Lohn sofort aufzubessern und bei besserer Leistung in einiger Zeit noch eine weitere Aufbesserung folgen zu lassen. Damit war die Erteilung des Kriegsscheins unnötig.

Der Schlosser A. von der Firma D. u. R. will einen Kriegsschein. A. hat bei der Firma ausgedient und konnte sich bei Beendigung seiner Lehrzeit mit der Firma über den zu zahlenden Lohn nicht verständigen. Der Schlosser erhält den Kriegsschein.

Der Arbeiter O. von der Firma St. will aufhören, weil er die schlechte Luft in seinem Arbeitsraum nicht ertragen kann und der Verdienst ihm auch zu gering ist. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß O. in einem anderen Raum arbeiten soll und sofort 5 Pf. Zulage erhält. Sobald eine Maschine frei wird, soll A. auf dieselbe zum Anlernen gestellt werden. Die Erteilung eines Kriegsscheins war damit unnötig.

Lohnbewegung in der Berliner Zigarettenbranche.

Eine stark besuchte Versammlung der Zigarettenbranche beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die besonders bei den Lohnarbeiterinnen noch sehr ungünstig sind. Nachdem die gesamte Tabakarbeiterchaft Deutschlands eine 25prozentige Lohnzulage unter Anerkennung der während des Krieges bereits gewährten Teuerungszulagen fordert, schloß man sich auch hier der Forderung einstimmig an.

Auf Grund dieser Forderung mußten auch die festgesetzten Einstellungsgehälter der Lohnarbeiterinnen neu geregelt werden. Besonders mußte an eine weitere Staffelung der Löhne gedacht werden, da die Unternehmer die versprochenen regulären Zulagen, welche von Zeit zu Zeit erfolgen sollten, nur vereinzelt einhalten.

Aus der Forderung wäre folgendes besonders hervorzuheben:

1. Alle in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 25 Prozent unter Anerkennung der während des Krieges bereits gewährten Teuerungszulagen, gleichgültig ob es sich um Afford- oder Lohnarbeit handelt.

2. Alle in der Branche noch nicht beschäftigten ehemaligen Lohnarbeiterinnen erhalten bei Einstellung einen Wochenlohn von 14 M., steigend sechswochenlich um 1 M. bis zu einem Verdienste von 18 M. Ist diese Lohnskala erreicht, so steigt der Lohn vierteljährlich um 1 M. bis zu einem Verdienste von 25 M.

3. Arbeiterinnen, welche bereits 12 Wochen in der Branche tätig waren, wird bei Einstellung die Beschäftigungsdauer voll angerechnet und erhalten mindestens 16 M. Ebenfalls wird den im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen die Dauer ihrer Beschäftigung voll angerechnet. Die im Punkt III Genannten unterliegen ebenfalls der im Punkt II vorgeschriebenen Staffelung.

4. Die im Punkt II und III festgesetzten Löhne sind Wochenlöhne und darf für die gesetzlichen Feiertage und Feiertage ein Abzug nicht erfolgen. Bestimmungen in Arbeitsordnungen und Abmachungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen sind ungültig.

5. Für die nach einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden sowie 7 Stunden am Sonnabend geleisteten Überstunden wird für die ersten zwei Stunden ein Aufschlag von 25 Proz., für weitere Stunden und für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 50 Proz. bezahlt. Diese Bestimmung findet auch auf Affordarbeiter Anwendung.

Die bestehende Schiedskommission soll beibehalten werden, nur soll diese innerhalb acht Tagen nach Anrufung zusammentreten.

Allseitig wurde die Auffassung vertreten, daß heute, wo die Unternehmer auf Grund der neuen Teuerung der Zigaretten neue Verkaufspreise festlegen müßten, es ihnen leicht sei, auch einen einigermaßen auskömmlichen Arbeitslohn mit einzurechnen.

Deutsches Reich.

Eine Feldpost-Zeitung für seine im Felde stehenden Mitglieder gibt der Deutsche Holzarbeiterverband heraus. Die Nummer 1 dieser Feldpost-Zeitung entbietet den Empfängern derselben zunächst einen Heimatsbrief, in dem über den Zweck des neuen Blättchens gesagt wird:

„Da wir bei den vielen Tausenden leider nicht auch jedem einzelnen schreiben können, haben wir schon einmal einen gedruckten Brief an alle zugleich hinausgeschickt, um ihnen zu berichten, wie es im Deutschen Holzarbeiterverband aussieht, und wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, seit die Kollegen ihre Mitarbeit im Verband in so unerwünschter Weise unterbrechen mußten.“

Die „Feldpost-Zeitung“ schildert dann den im Felde stehenden den Stand des Verbandes, bringt Mitteilungen über die Mitglieder im Heere, die Lage in der Heimat, die Tätigkeit der Dabeimgebliebenen, Fürsorge für Kriegsschadigte und die Ansprüche, welche die beim Friedensschluß oder schon jetzt aus dem Militärverhältnis

entlassenen Mitglieder bei ihrer Rückkehr an den Verband haben. Auf Wunsch wird den Eingezogenen auch eine Broschüre kostenlos ins Feld geschickt, welche die Verhandlungen wiedergibt, die zum Zwecke der gemeinsamen Förderung des Gewerbes zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, des Reichs-Dunderschen Gewerkschafts der Holzarbeiter und des Arbeitgeber-Verbandes für das deutsche Holzgewerbe stattfanden. Schließlich wird den im Felde stehenden ein baldiges geheiltes Wiedersehen in der Heimat gewünscht. „Das ist nicht nur der Wunsch Eurer Angehörigen, Eurer Frauen und Kinder, sondern ist auch die Hoffnung des Verbandes.“

Die Gärtnereorganisation im Jahre 1915.

Die Gärtnereorganisation hat durch den Krieg starke Mitgliedererlöse erlitten. Am Schluß des Jahres 1913 hatte der Gärtnerverein 7234 Mitglieder, der Kriegsausbruch rund 7700, am Jahresschluß 1915 nur noch 1200. Das ergibt einen Verlust von 65 Prozent, der, von wenigen freiwilligen Austritten abgesehen, fast nur auf militärische Einberufungen entfällt. Die höchsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben es kaum fünf bis zehn ermöglicht, als Gärtneregehilfen einen eigenen Hausstand zu gründen, sie zwangen die allermeisten vielmehr immer, in dem hierfür in Frage kommenden Lebensalter den Beruf wieder zu verlassen. Und so trat der Krieg hier verhältnismäßig viel Heerespflichtige an.

Die Beitragsentnahmen des Verbandes stellten sich im Jahre 1914 auf 108 029 Mark, im Jahre 1915 auf 45 423 Mark, dem Mitgliederverlust nach ein noch recht ansehnliches Ergebnis. Um den Verband finanziell leistungsfähig zu erhalten und seinen Bestand auf alle Fälle sicherzustellen, mußten verschiedene Einrichtungen geändert werden. Vor dem Kriege erhielten die Mitglieder eine allmählich erscheinende Verbandszeitung von acht Seiten, diese wurde bei Kriegsausbruch sofort um die Hälfte verkleinert. Und die dierzehntägig erscheinende, auch acht Seiten starke illustrierte fachschriftliche Zeitschrift, die ebenfalls kostenlos geliefert wurde, stellte ihr Erscheinen ganz ein. An Unterstüßungen leistete der Verband in den ersten fünf Kriegsmontaten für die Familien Einberufener 9738 Mark und 242 Mark Weihnachtunterstützung, im Jahre 1915 an Familienunterstützung 11 854 Mark sowie 3908 Mark Weihnachtunterstützung, ferner 1565 Mark Rotstands- und 760 Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Gesamtsumme an Unterstüßungen für die Familien Einberufener betrug seit Kriegsausbruch bis Ende 1915 auf 26 742 Mark. Davon konnten durch freiwillige Sammlungen der Mitglieder, woran sich auch eine beachtliche Zahl von im Felde stehenden Kollegen beteiligt hat, 5490 M. gedeckt werden, und weitere 8822 Mark aus Gehaltsverzicht der Verbandsangehörigen. Die Lohnbewegungen mußten sich darauf beschränken, daß den zu Kriegsanfang ganz allgemein einsetzenden Lohnfällungen entgegengetreten wurde. Später wurden Teuerungszulagen angeordnet. Daß dabei ganz beachtliche Erfolge erzielt wurden, ist zum großen Teil der Gehilfenappell mit zu danken. Bezeichnend ist, daß sich die Privatgartenbesitzer, die sich eigenes Gartenpersonal halten, unzugänglichere, unnahelbarere erwiesen als die Besitzer von Erwerbsgärten.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Gärtnerverein der Kriegsbeschädigtenfürsorge zugewandt. Im September wurde aber der Fürsorgeausschuß für kriegsschadigte Gärtnere im Leben gerufen, und er leistete nun bereits recht wertvolle Arbeit. Es ist fürsorge getroffen, daß der Verband, solange der Krieg auch noch währen möge, in seinem Bestande unerschüttert bleibt, damit er nach Kriegsende sofort den neuen Anforderungen gewachsen und gewappnet gegenübersteht.

Auf dem Verbandstage der unteren Post- und Telegraphenbeamten wurde einstimmig ein Antrag des Verbandsvorstandes angenommen, der sich für den Anschluß an die neu zu gründende Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände ausspricht. Alle großen gemeinsamen Fragen der deutschen Beamenschaft, erklärte man, könnten nur von einer gemeinsamen Organisation aller Beamtenverbände gelöst werden. Der Verbandstag der Lokomotivführer habe bereits mit 55 000 Mitgliedern seinen Anschluß erklärt, andere große Beamtenverbände werden folgen.

Zusammenschluß der drei Technikerorganisationen.

Wie wir erfahren, besteht innerhalb der drei Technikerorganisationen: Deutscher Techniker-Verband, Bund der technisch-industriellen Beamten und Bund der technisch-angestellten das Bestreben nach einer Vereinigung. Eingehende Prüfungen haben ergeben, daß wesentliche und unüberbrückbare Unterschiede in den Programmen nicht vorhanden sind. Bonaequit die Tätigkeit erhebliche Abweichungen aufwies und daher häufig scharfe Gesämpfungen stattfanden, besteht die Hoffnung, die Geschlossenheit der Techniker in sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu erreichen.

Durch den Krieg sind alle Organisationen in Mitleidenschaft gezogen, sei es durch Mitgliederverluste, erhebliche finanzielle Beanspruchungen oder notwendig gewordene organisatorische Umgestaltungen. Man hofft durch den Zusammenschluß sämtlicher Techniker die Opfer weit zu machen und darüber hinaus stark genug zu werden, den neuen, wichtigen und notwendigen Aufgaben in der Sozial- und Wirtschaftspolitik gerecht zu werden.

Die technischen Angestellten in Kiel haben den Anstoß gegeben und eine Denkschrift „Auf neuer Bahn“ mit Richtlinien für die Verschmelzung herausgegeben. Zurzeit beschäftigen sich alle Verwaltungsstellen im ganzen Reich mit den Vorschlägen.

Rusland.

Das Ende des norwegischen Kampfes.

Kristiania, 15. Juni. Der Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses betreffend Aufhebung des Generalstreiks konnte erst nach sehr langer und lebhafter Debatte gefaßt werden. Der Vorsitzende der Landeszentrale, Vian, berichtete ausführlich über die Lage und forderte im Namen der Zentrale, daß der Streik in seiner ganzen Ausdehnung eingestellt werde. Gegen eine Beendigung des Streiks sprachen Tranmael und Ralsboe aus Drammen sowie Saebøe aus Bergen. Andere Redner befürworteten zwar eine Aufhebung des Proteststreiks, dagegen aber Weiterführung des Kampfes in den Erden- und Eisenindustrien. Die Gründe für die Einstellung des ganzen Kampfes aber waren so stark, daß es zu dem schon telegraphisch gemeldeten Beschlusse kam.

Aus Industrie und Handel.

Franz Daniel †.

Der Geheimkommerzienrat Franz Daniel gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes, und die industrielle Bedeutung der zahlreichen von ihm und seiner Familie gegründeten und betriebenen Unternehmungen war sehr groß. Franz Daniel, einer der reichsten Männer Deutschlands, verstand sein großes Vermögen in der Hauptsache der Kohle und dem Eisen. Er war Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Guten Hoffnungshütte“, Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaften Rheinpreußen, Reumühl und Zollverein, sah im Grubenvorstand der Gewerkschaft Niederrhein, war Mitglied des Aufsichtsrats der „Siberia“, der Ernst Schöckl Werkzeugmaschinenfabrik A. G. sowie der rheinischen Wohnbau-Gesellschaft. Er war Mitinhaber der großen Düsseldorf-Waagenfabrik Daniel u. Ludwig in Düsseldorf und der alten Firma Franz Daniel u. Co., die in Duisburg die Rheinfahrt betreibt und Brückfabriken besitzt. Seit mehr als hundert Jahren sind die Daniels an der „Guten Hoffnungshütte“ beteiligt, die eines der ältesten Industrieunternehmen Preußens ist. Die Gesamtproduktion der „Siberia“. Die Gute Hoffnungshütte ist im übrigen ein gemischtes Werk, das die Eisenerzeugung vom eigenen Erz über das Hoheisen und den Roh-

stahl bis zum Walzwerk betreibt, der Maschinenfabrikation und der Eisenkonstruktionswerkstätte Lindenlos durchführt. Das Aktienkapital der Guten Hoffnungshütte von 20 Millionen Mark bleibt hinter denen der rheinisch-westfälischen Riesenwerke allerdings ziemlich erheblich zurück, doch hat die Gesellschaft in Friedensjahren regelmäßig die hohe Dividende von 20 Proz. ausschütten können.

Auf die vierte Kriegsanleihe sind in der Berichtswochen 118,9 Millionen Mark neu eingezahlt worden, so daß insgesamt bis zum 15. Juni 962,6 Millionen Mark gezahlt worden sind, oder 89,6 Prozent des gezeichneten Betrages. Damit ist die tatsächliche Einzahlung der Pfandzahlung weit voraus, denn mit dem nächsten auf den 23. Juni festgesetzten Pfandzahlungstermin, der eine Einzahlung von 25 Proz. vorsieht, sind erst 75 Proz. fällig. Die Darlehenslaffen haben für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe bis zum 15. Juni 849,9 Millionen Mark hergegeben, oder 10,4 Millionen Mark weniger als am 7. Juni.

Das sächsische Manchester.

Die Industrie des Chemnitzer Bezirks nimmt unter der deutschen Industrie im allgemeinen und der sächsischen im besonderen einen ganz bedeutenden Rang ein. Am meisten haben ihr dazu die großen Metall- und Textilunternehmungen verholfen, die besonders während der letzten Jahrzehnte in üppiger Zahl emporgelommen sind. Sie sehr das der Fall ist, dafür zeugt ihr Vorhandensein in zahlreichen und mächtigen Aktiengesellschaften, die dem besten Grade einer hochindustriellen Entwicklung. Der Chemnitzer Industriebezirk weist gegenwärtig 66 Aktiengesellschaften auf, meist der Metall- und Textilindustrie angehörend, mit einem Kapital von rund 140 Millionen Mark. Sie besitzen Reserven in Höhe von 44 Millionen Mark, trotzdem überwiegend hohe Dividenden gezahlt, sowie bedeutende Abschreibungen vorgenommen wurden, zahlten sie während des letzten Jahres über 10 Millionen Mark Dividende aus, was einem Durchschnitt von 7 1/2 Proz. entspricht, und erreichten einen Kurswert von 219 Millionen Mark, was einen Durchschnitt von 150 Proz. bedeutet. Allein während der letzten 15 Jahre sind nicht weniger denn 28 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 45 Millionen Mark neu gegründet worden.

Die Unternehmungen der beiden bedeutendsten Industrien sehen folgendermaßen aus, wobei bemerkt sei, daß die Angaben über Kapital und Reserven immer deren neuesten Stand, diejenigen über Dividenden und Kurs immer deren größte Spannung während des letzten Jahrzehnts betreffen.

Unternehmung	Kapital	Reserven	Dividende	Kurs
Diamant-Werke	1 200 000	47 274	10-15	—
H. u. A. G. & Co.	2 000 000	312 100	4-12	118-228
Karbid-Fabrik	1 500 000	201 100	8-12	—
Karl Hamel	1 800 000	419 602	4-17	170-275
Mag. Kohl	1 600 000	560 987	4-14	140-200
Wesmania	4 600 000	540 239	2-8	50-113
Waldenfabrik Kappel	1 800 000	1 625 517	5-30	190-401
R. Steiner u. Sohn	1 500 000	166 478	5-12	90-178
Wagner Maschinenfabr.	2 700 000	284 255	4-5	14-104
Werkzeuge	2 000 000	650 000	7-10	75-151
F. E. Reinecker	4 000 000	900 000	10-16	182-265
Sächsische Maschinenfabr.	17 000 000	4 180 782	2-12	110-179
Waggonfabr.	2 600 000	1 806 000	9-20	215-845
Werkzeugfabr.	3 000 000	1 785 971	5-18	160-260
Bernh. Gieser	2 000 000	200 000	4-15	—
D. Schimmel u. Co.	3 500 000	384 432	7 1/2-10	75-156
Schubert u. Salzer	5 200 000	5 184 761	20-30	268-359
Sondermann u. Stier	2 300 000	194 022	2-6	51-112
Stanzmaschinenfabr. u. Stanzwerke	2 300 000	837 000	4-12	111-182
Wanderer-Werke	4 500 000	2 838 304	12-27	258-496
David Richter	1 800 000	—	10-15	80-208
Union	1 000 000	668 398	2-15	67-275
Bebr. Unger	700 000	120 000	8-12 1/2	120-176
Zimmermann-Werke	5 400 000	568 938	1-6	55-158

Daraus ergibt sich klar die große Bedeutung dieser Aktiengesellschaften, von denen einzelne geradezu Kleinunternehmungen sind. Im übrigen sei dazu bemerkt, daß die Dividenden und Kurse ihre angegebene Höhe zum guten Teil erst während der beiden Kriegsjahre erreicht, zum guten Teil ihre Position gegen die Jahre vorher wenigstens bedeutend verschleiert haben.

Unternehmung	Kapital	Reserven	Dividende	Kurs
Wadmann u. Ledewig	1 750 000	100 000	8-12	—
Waldenfabr. Welenau	1 750 000	120 000	5	—
Wittweida	2 500 000	1 070 078	16-24	280-315
Wurtz	1 000 000	118 443	4-16	—
Waldenfabr. Wittweida	1 000 000	264 683	3-10	80-136
Waldenfabr. Wittenberg	4 300 000	43 028	3-10	19-176
Waldenfabr. Wittenberg	1 600 000	270 000	4-10	115-134
Schaefer u. Co.	1 500 000	234 874	4-15	85-164
H. A. Köhle u. Co.	2 800 000	592 366	5-8	—
H. u. R. Reiter	1 000 000	606 352	7-12	—
Dittler, Filzfabrik	2 500 000	2 312 135	15-20	280-485
Blauerer Spitzenfabrik	1 100 000	32 526	2-10	78-161
Karl Dürfeld	1 000 000	70 000	3-6	90-120
Kammgarbn. Hartau	2 600 000	317 868	2 1/2-9	64-134
Kaufer Filzfabrik	600 000	40 000	5	—
Sächsische Filzfabrik	1 500 000	248 332	4-20	102-392
Scharf, Baumwollsp.	800 000	838 740	8-12	—
C. F. Solbrig Söhne	3 500 000	357 130	4-6	—
Schrepel u. Kuschbach	500 000	115 000	3-12	—
Filzfabrik Röhde	5 000 000	795 000	12-25	192-307
Filzweberei Wittenberg	1 500 000	55 048	4-10	62-157
Filzfabrik Weitzener	1 122 000	30 000	2-5	—
Weitzener Filzfabr.	1 000 000	—	4-8	20-108
Wogl. Filzfabrik	2 500 000	566 962	6-15	130-218
Gebr. Schäfer	3 789 000	1 408 874	8-12	—
Fischpauer Baumwollsp.	1 500 000	160 000	10-12	—

Danach sind die Textilunternehmungen in jeder Beziehung von geringerer Bedeutung wie diejenigen der Metallindustrie, wenngleich auch sie schon Anzeichen von größeren Unternehmungen zeigen, überhaupt auf ihrem Gebiete immerhin beachtenswerte Größen darstellen. Im übrigen ist bei ihnen bemerkenswert, daß auch sie mit ihren Dividenden und Kursen während der beiden Kriegsjahre fast ausnahmslos entweder ihre größte Höhe erreicht oder wenigstens gegenüber den vorhergehenden Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen haben.

Eingegangene Druckschriften.

Die fünfzig Bücher. Nr. 1: Varis 1870/71. — Nr. 2: Der junge Fritz in Rheinsberg. — Nr. 3: Maria Theresias Familienbriefe. — Nr. 4: Berliner Novellen. Von C. L. u. Hoffmann. — Nr. 5: Österreichische Novellen. — Nr. 6: Orientalische Königsgeschichten. — Einzelbände von H. Witten u. Co., Berlin SW 68. Monopole und Monopolsteuern. Von Dr. G. Goldstein. 1 M. H. Scholl, Leipzig. Englands Kunstindustrie und der Deutsche Werkbund. Herausgegeben vom Deutschen Werkbund. 1 M. — J. Neumann, Leipzig. Gemeinliche Förderung des Gewerbes durch die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter in der Holzindustrie. Herausgegeben von den Vorständen der Verbände. 75 Pf. Deutscher Holzarbeiterverband, Berlin SO 16. Vollständigung durch den Handel und die Mittel zur Abwendung. Von A. Borgele. 64 S. Selbstverlag, Berlin W 30. Die ungarische Donau als ein Teil der Verkehrsfrage für die Großschifffahrt nach dem Orient. Von Ministerialrat E. v. Krauss. Geh. 1,50 M. Francke Verlagshandlung, Stuttgart. Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Herausgegeben von A. Thunne. Zwei Bände 5 M., geb. 7 M. S. Pögel, Leipzig. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Siegel & Co., Berlin SW.

Die Seeschlacht vor dem Stagerak nach der Darstellung englischer Gefangener.

Berlin, 19. Juni. (B. L. A.) Nachdem vor einigen Tagen in großen Zügen ein vorläufiges Bild von dem Verlauf der Schlacht vor dem Stagerak an Grund deutscher Berichte gegeben worden ist, kann nunmehr ganz unabhängig davon eine Schilderung der Schlacht nach den Einbränden und den Aussagen der während und nach der Schlacht gemachten englischen Gefangenen (insgesamt 177) gegeben werden.

Danach haben an der Schlacht teilgenommen die Aufklärungsstreitkräfte unter Vizeadmiral Beatty und das Gros der englischen Flotte unter Admiral Jellicoe. Zu den Aufklärungsstreitkräften gehörten die 6 Schlachtkreuzer „Horn“ (Flaggschiff), „Queen Mary“, „Princess Royal“, „Tiger“ als I. Division, „Indefatigable“, „New Zealand“ (Flaggschiff) als II. Division.

Die I. Division war vollständig zur Stelle, zu der II. Division gehörte eigentlich noch die „Australia“. Die Angaben über den Grund der Abwesenheit dieses Schiffes lauten sehr geheimnisvoll. — Außerdem waren Beatty unterstellt 4 oder sämtliche 5 kleinen Linienfahrzeuge der „Queen-Elizabeth“-Klasse, eine große Zahl kleinerer moderner Kreuzer, von denen 13 übereinstimmend von den Gefangenen namentlich aufgeführt werden, und 2 Flottillen von Torpedobootzerstörern, darunter die allerneuesten, mit zusammen etwa 40 Zerstörern.

Das Gros, das an der Schlacht teilnahm, setzte sich zusammen aus 8 Linienfahrzeugschwadern zu je 6—8 Schiffen, alles Großkampfschiffe.

- 1 besonderen Geschwader aus 3 der neuesten Linienfahrzeuge der „Royal Sovereign“-Klasse,
- 1 Division Schlachtkreuzer: „Indivincible“, „Indomitable“ und „Inflexible“,
- 1 Panzerkreuzergeschwader zu 6 Schiffen, mindestens 10 kleinen Kreuzern,
- 4 Flottillen mit 80 bis 100 Zerstörern.

Die vorstehend genannten Streitkräfte waren am 30. Mai aus verschiedenen Häfen der englischen Ostküste nach Osten ausgelaufen. Das Gros der Flotte holte auf dem Marsche etwas mehr nach Norden aus als die Aufklärungsstreitkräfte. Die dabei südlicher als das Gros stehenden Schiffe des Admirals Beatty sichtet die deutschen Schlachtkreuzer zuerst. Zu dieser Zeit am Nachmittag des 31. Mai führten die Schlachtkreuzer des Admirals Beatty in zwei Kolonnen mit östlichem Kurs. Am weitesten westlich standen die vier Schiffe der I. Division, „Horn“, „Princess Royal“, „Queen Mary“ und „Tiger“, an Vordor voraus vor diesen die zwei Schiffe der II. Division „New Zealand“ und „Indefatigable“ und vor diesen wieder die kleinen Kreuzer und Zerstörer.

Als Beatty die deutschen Aufklärungsstreitkräfte in östlicher Richtung sichtet, formierte er mit seinen sechs Schlachtkreuzern eine Linie und ging auf Südostkurs. Die 18. Torpedobootsflotte unter Führung des kleinen Kreuzers „Champion“ stand vor der Spitze, die übrigen kleinen Kreuzer und Torpedoboots am Schluß der Linie. Die „Queen Elizabeth“-Schiffe, welche bis dahin in einiger Entfernung nordwestlich von Beattys Schlachtkreuzern gestanden hatten, gingen gleichfalls auf Südostkurs und suchten Anschluß an die Schlachtkreuzer zu gewinnen. Alle Schiffe nahmen hohe Fahrt, 28 Seemeilen, auf. Zwischen 8 und 6 Uhr wurde von den Deutschen das Feuer auf etwa 18 Kilometer eröffnet.

Kurz vor 6 Uhr erfolgte auf der „Queen Mary“ eine gewaltige Detonation mittschiffs an der Vordorbootsseite, das Vorschiff sank schnell, nachdem noch zwei weitere Explosionen vorgegangen waren. Als das Schiff versank, erfolgte eine vierte besonders schwere Detonation. Der ganze Vorgang dauerte nicht länger als 5 bis 10 Minuten. Auf der „Queen Mary“ befanden sich über vierhundert Mann, unter ihnen auch ein japanischer Prinz, welcher Marineattaché in London gewesen sein soll. Am Tage vor dem Auslaufen der Schiffe war die Besatzung des Japaners zum Korvettenkapitän durch ein großes Bankett in der Offiziersmesse gefeiert worden. Auf „Indefatigable“, der weiter hinten in der Linie stand, lag man den Vorgang auf der „Queen Mary“. Als man an die Unfallstelle der „Queen Mary“ kam, erfolgte auch auf „Indefatigable“ kurz nach 6 Uhr an der Vordorbootsseite eine gewaltige Detonation. Die „Indefatigable“ kenterte und sank so schnell, daß sich auf dem Geschwaders des Schiffes, in dem sich 14 Menschen befanden, nur zwei retten konnten. (Dieses sind, soweit bekannt, die beiden einzigen Ueberlebenden der etwa tausendköpfigen Besatzung.) Wegen der ungeheuren Gewalt der Detonation auf der „Queen Mary“ und der „Indefatigable“ sind die Gefangenen im Zweifel, ob die Detonation durch feindliche Artillerietreffer oder durch Torpedoboots-Explosionen hervorgerufen waren.

Nach dem Sinken der beiden Schiffe gab der Admiral Beatty durch Flaggenzeichen an die vordorbootsseitige 18. Flottille den Befehl, einen Torpedoangriff auf die deutschen Schlachtkreuzer zu machen. Dieser Befehl wurde nur von den dem Flaggschiff Beattys nächststehenden Zerstörern verstanden und wird von mehreren Gefangenen als ein Verzweiflungswort aufgefaßt. Bei dem Angriff wurden die ganz neuen englischen Zerstörer „Restor“ und „Romab“ durch die Artillerie eines kleinen deutschen Kreuzers außer Gefecht gesetzt. Sie blieben bewegungslos liegen und wurden von dem Feuer der nachher hinzugekommenen deutschen Schlachtkreuzer versenkt. Die Besatzungen retteten sich auf Blöden und in Booten und wurden später von deutschen Torpedobooten aufgenommen.

Inzwischen waren die Schiffe der „Queen Elizabeth“-Klasse herangekommen. Während des Torpedoangriffs schwenteten die englischen Schlachtkreuzer, nunmehr nur noch vier, auf nordwestlichen Kurs. Die „Queen Elizabeth“-Schiffe folgten ihnen im Kielwasser, als sie die deutschen Schlachtkreuzer in südöstlicher Richtung sichtigten. Die Entfernung zwischen den englischen Schiffen und den deutschen Kreuzern hatte sich zu dieser Zeit auf etwa zehn Kilometer verringert. Die englischen Schlachtkreuzer liefen mit hoher Fahrt weiter nach Norden, so daß sie bald außer Schußweite kamen. Darauf legten die „Queen Elizabeth“-Schiffe das Geseht fort und gingen auf nördliche Kurse mit dem von Beatty erhaltenen Befehl, „den Feind abzuschneiden“ (to cut off the enemy). Bald darauf verließ eines der „Queen-Elizabeth“-Schiffe, wie die Gefangenen ausdrücklich sagen, die „Warspite“, stark nach der Seite überliegend, die eigene Linie und zog sich nach Nordwesten zurück. Später, etwa gegen 8 Uhr, wurde von dem englischen Zerstörer „Turbulent“ die funktentelegraphische Nachricht aufgefangan, daß „Warspite“ gesunken sei.

Die Angaben der Geretteten von den Schiffen, die dem Admiral Beatty unterstanden, über den Zeitpunkt des Erscheinens des englischen Gros unter Admiral Jellicoe sind sehr widersprüchlich. Nach den Angaben der Geretteten der Schiffe, die zu der Flotte des Admirals Jellicoe gehörten, fuhr diese mit südlichem Kurs in mehreren Kolonnen, als die erste funktentelegraphische Nachricht von Beatty über das Sichten des Feindes eintraf. Diese Nachricht wurde von dem englischen kleinen Kreuzer „Galatea“ gegeben. Admiral Jellicoe befahl darauf, daß mit äußerster Kraft nach Süden weitergefahren werden sollte. Das Einzige, was diese Gefangenen von Beattys Flotte sahen, war das Aufblitzen von Geschützen im Südwesten. Jellicoe machte Recht nach Norden und entwickelte seine Linie zunächst nach Nordwesten und Westen. Die Schlachtkreuzer des Gros „Indivincible“, „Indomitable“ und „Inflexible“ und die Panzerkreuzer standen an der Spitze, die drei Schiffe der „Royal Sovereign“-Klasse am Schluß der Linie. Zu dieser Zeit

wurde das englische Linienfahrzeug „Marlborough“ durch einen Torpedoboots-angriff getroffen. Der Torpedo soll von einem U-Boot geschossen sein, das nachher von einem englischen Zerstörer vernichtet wurde. Es wurde beobachtet, wie das U-Boot sich ganz umdrehte. (Da auf deutscher Seite keine U-Boote an der Schlacht teilnahmen, könnte es sich nur um ein englisches U-Boot gehandelt haben.) Das englische Gros ließ jetzt durch seine Zerstörer U-Boot-Sicherung bilden. „Marlborough“ blieb auf ihrem Posten.

Die Panzerkreuzer griffen ein einzelnes großes deutsches Schiff an, das mit langamer Fahrt nach Südosten steuerte. Zu derselben Zeit wurde von dem englischen Gros das Feuer eröffnet. Als die Panzerkreuzer zum Gros zurückkehrten, fehlte die „Defence“. „Warrior“ hatte zwei große Löcher mittschiffs dicht über der Wasserlinie. Kurz nach dem Eingreifen des englischen Gros in das Geseht entstand auf „Indivincible“ infolge eines deutschen Treffers ein Brand, dem die Explosion folgte. Das Schiff sank. Die kleinen englischen Kreuzer und Zerstörer waren alle in Feuerles (das heißt an der dem Feind abgekehrten Seite der Schlachtlinie). Ein deutscher Weisfuß vernichtete den nahe der Spitze stehenden Zerstörer „Acacia“.

Die weiteren Angaben der Gefangenen über die Bewegungen des englischen Gros bis zum Eintritt der Dunkelheit sind äußerst widersprüchlich und unklar. Es geht nur aus ihnen hervor, daß während des bis gegen 11 Uhr nachts fortgesetzten Gesehts nicht immer alle englischen Linienfahrzeuge gleichzeitig feuerten, sondern zeitweilig die vorderen und zeitweilig die hinteren Geschwader, sowie ferner, daß beim Eintritt der Dunkelheit die englische Flotte in Kolonnen nach Norden feuerte mit allen leichten Streitkräften, Kreuzern und Flottillen am Schluß der Kolonnen als Rückenbedeckung.

Von den Zerstörern des Admirals Jellicoe hat der „Zipperary“, allein nach Süden fahren zu dürfen, zu einem Angriff auf die deutsche Flotte. Er erhielt hierzu Erlaubnis, geriet aber bald in eine deutsche Torpedobootsflotte. Die „Zipperary“ wurde außer Gefecht gesetzt und versenkt, die Ueberlebenden gerettet.

Von den Streitkräften des Admirals Beatty hatte die 18. Flottille den Anschluß an die eigenen Schlachtkreuzer verloren und ging bei Dunkelwerden nach Süden. Hierbei traf sie auf mehrere große Schiffe, die für eigene gehalten wurden. Es waren aber deutsche, die Feuer eröffneten und den „Turbulent“ vernichteten. Alle Offiziere und der größte Teil der Mannschaft fielen aus, das Schiff verbrannte vorn und hinten über den Munitionskammern, als deutsche Torpedoboots herankamen und die Ueberlebenden retteten.

Nachdem alle Gefangenen ihren Unwillen darüber kund, daß von englischer Seite nichts getan worden sei, um sie zu retten, trotzdem fast alle ihre kampftüchtigsten Schiffe an der Schlacht teilnahmen. Die Ueberlebenden von „Queen Mary“ und „Indefatigable“ waren fast vier Stunden im Wasser, ehe sie von den deutschen Streitkräften gerettet wurden. Sie hatten schon alle Hoffnung aufgegeben, da von englischen Schiffen seit Stunden nichts mehr zu sehen gewesen war.

Nach den Darstellungen der englischen Gefangenen haben von den 33 Großkampfschiffen, die die englische Marine zurzeit besitzt, 27—28 an der Seeschlacht teilgenommen.

Unter den gesunkenen Schiffen befindet sich auch der Schlachtkreuzer „Indivincible“, der bereits einmal im Laufe dieses Krieges an einer Seeschlacht teilgenommen hat. Gemeinsam mit dem „Inflexible“ und drei Panzerkreuzern der „Devonshire“- und „Kent“-Klasse kämpfte er in der Seeschlacht bei den Falklandsinseln mit, in der die beiden deutschen Panzerkreuzer „Gneisenau“ und „Scharnhorst“ versenkt wurden.

Die 177 englischen Gefangenen, die von den Deutschen gerettet wurden, gehörten sechs verschiedenen Schiffen an, nämlich der „Queen Mary“, dem „Indefatigable“, von denen je zwei Mann gerettet wurden; ferner wurden gefangen 7 Mann von „Zipperary“, 3 Offiziere, 2 Dedoffiziere, 76 Mann von „Restor“, 4 Offiziere, 68 Mann von „Romab“, 14 Mann von „Turbulent“.

Politische Uebersicht.

Konflikt zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus.

Die Finanzkommission des Herrenhauses hat ihren Bericht erstattet, wonach sie die Regierungsvorlage in bezug auf die Steuerzuschläge wieder hergestellt hat, das heißt, die Steuerzuschläge für Kriegsdauer zu bewilligen vorschlägt, während das Abgeordnetenhaus die Steuern nur für ein Jahr bewilligt hat. Worin die Unterschiede zwischen der Auffassung des Abgeordnetenhauses und der Finanzkommission des Herrenhauses, der sich sicherlich auch das Herrenhaus selbst anschließen wird, bestehen, führt der Berichterstatter Graf von der Schulenburg-Grünthal in seinem Bericht in folgender Weise aus:

„Das Abgeordnetenhaus habe sich zwar in der Sitzung vom 17. Januar auf den Standpunkt gestellt, daß der Landtag die Entscheidung darüber, wie man sich auf dem Gebiete der Belastung mit direkten Steuern verhalten solle, in der Hand behalten müsse, da der Reichstag auch sehr große Anforderungen stellen würde und man die Hand auf den direkten Steuern behalten wolle. Dieser Bedanke habe sich, wie die letzte Vergangenheit lehrt, als nicht durchführbar gezeigt. Das Reich habe gerade jetzt in die direkten Steuern in einer Weise eingegriffen, die dem Landtag außerordentlich unerwünscht war, das Abgeordnetenhaus habe aber trotzdem diese 100 Millionen Zuschläge für das laufende Staatsjahr bewilligen müssen, weil ihm eben nichts anderes übrigbliebe, denn der Staat brauche diesen Betrag und er dürfe ihm nicht vorenthalten werden. Das Abgeordnetenhaus habe die Bewilligung auf ein Jahr ferner damit begründet, daß es in die Festigkeit der Staatsregierung dem Reichstage gegenüber kein unbegrenztes Vertrauen setze. Nach Auffassung des Berichterstatters dürfe man in der jetzigen ernsten und schweren Zeit der Staatsregierung ihre schwierige Aufgabe durch derartige Mißtrauensvoten möglichst nicht erschweren, vor allem aber müsse man der Staatsregierung die Mittel in die Hand geben, um dem Reichstage gegenüber die gewünschte Festigkeit zu bewahren. Das geeignete Mittel hierfür sei, wenn man vorweg die Hand auf die betreffenden Steuern lege. Hätte das Abgeordnetenhaus die Verhandlungen nicht verzögert, sondern dem vorliegenden Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage förmlich seine Zustimmung erteilt, so würde es der Staatsregierung sehr viel leichter gewesen sein, bei den Steuerverhandlungen im Reichstage Festigkeit zu bewahren, als es der Fall war, nachdem man dem Reichstage die Verhandlungen und hierdurch die Stellung der Staatsregierung nicht unwesentlich erschwert hatte.“

Herrenhäuser wie die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sind also gleicherweise der Meinung, daß die Einführung direkter Steuern für das Reich nach Möglichkeit bekämpft werden müsse. Nur über die Mittel sind sie verschiedener Ansicht.

Octavio v. Jedlitz ist übrigens bereits wieder am Werke, ein Kompromiß zwischen Herrenhaus und den Konföderativen des Abgeordnetenhauses zustande zu bringen. Er schlägt dem Herrenhaus vor, der Fristbestimmung der Regierungsvorlage den Zusatz beizufügen: „jedoch nicht über das Staatsjahr 1917 hinaus“. Dadurch würde den Bedenken des Herrenhauses gegen die einjährige Befristung der Steuer-

zuschläge Rechnung getragen, während zugleich die Forderung des Abgeordnetenhauses, die Steuerzuschläge fest zu befristen, Berücksichtigung fände.

Ob der salomonische Vorschlag des Freiherrn v. Jedlitz im Herrenhaus Gegenliebe findet, bleibt abzuwarten.

Die Fortschrittler und die Reichspolitik.

Am Sonntag tagte in München der Landesauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei Bayerns. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Reichspolitik, über die Reichstagsabgeordneter Müller-Weininger sprach. Er trat für energische Durchführung des U-Boot-Krieges ein, bedauerte die Unfreundlichkeit der nordamerikanischen Regierung und die persönliche Haltung des Präsidenten Wilson, und wandte sich dann gegen die anonymen und pseudonymen Quertreiber in der hohen Politik. Die Großhäre des „Junius alter“ sei ein Schlag jener kleinen, aber mächtigen Partei gewesen, die stets nach dem Recept handelt: „Und der Kaiser absolot, wenn er uns den Willen tut!“ Bedauerlich sei, daß durch die inneren politischen Kämpfe das Verhältnis der beiden liberalen Parteien zueinander gelitten hat. Weiter führte Müller nach einem Bericht des „Verl. Tagebl.“ aus:

„Das unbegrenzte Vertrauen, das das deutsche Volk in diesem Kriege sich erworben hat, muß gewürdigt werden durch ein freies preussisches Wahlrecht, durch klare Begrenzung von Zivil- und Militärgewalt, durch Beseitigung aller Privilegien in Heer und Verwaltung, durch Reform unseres auswärtigen Dienstes, durch Ausbau des Koalitionsrechtes, durch Reform der Strafgesetzgebung usw. Sollten die Zusagen der Regierung über eine solche Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege nicht eingehalten werden, dann würden wir die frühere oppositionelle Stellung wieder in voller Schärfe einnehmen. Wenn die Kriegslage mehr geklärt ist, müßten auch die Kriegsziele der Regierung schärfer gezeichnet werden. Als selbstverständlich erscheint, daß die Zukunft des Reiches durch entsprechende Gebiets-erweiterungen gesichert wird.“

Nach lebhaften Erörterungen wurde eine entsprechende Entschlieung angenommen.

König Ludwig von Bayern über wirtschaftliche Aufgaben.

Nach Erledigung der Tagesordnung in der Hauptversammlung des Bayerischen Kanalvereins hielt König Ludwig von Bayern eine Ansprache, in der er unter anderem ausführte:

„Wir müssen aushalten, wir müssen durchhalten. Das hat ja, und es kann wohl nicht anders sein, seine großen Schwierigkeiten, die Interessen der einzelnen Staaten und der einzelnen Bevölkerungsteile auszugleichen, aber es wird und muß gehen. Es gehört dazu besonders vor allem Geduld und Ausdauer. Eine Lehre hat uns dieser große und schwere Krieg jedenfalls gebracht und das ist die, daß wir dafür sorgen müssen, daß wir in Zukunft ohne Hilfe von auswärts und im Deutschen Reich allein ernähren können. Das ist nur möglich, wenn die Landwirtschaft gefördert wird, und die Landwirtschaft kann nur dadurch gefördert werden, wenn sie auch in ruhigen Zeiten einen Ertrag bringt und ihren Mann ernährt. Wie Sie wissen, betreibe ich selbst seit langer Zeit die Landwirtschaft, und ich kann aus eigener Erfahrung sagen, wenn sie prosperieren soll, so muß sie intensiv betrieben werden. Mit der Landwirtschaft allein ist es natürlich nicht getan; auch Industrie und Handel müssen gedeihen. Je größer ein in sich geeinigtes Wirtschaftsgebiet ist, desto vorteilhafter ist es für den Handel und die Industrie. Aber ein Bindeglied brauchen wir für alle diese wirtschaftlichen Beziehungen und nicht das geringste unter diesen Bindegliedern ist das, was unser Verein anstrebt. Er strebt an, daß die alte Wasserstraße neu belebt, daß sie verbunden wird. Was wir alle brauchen und wollen, das ist ein guter Großschiffahrtsweg. Wie er hergestellt wird, das steht noch nicht fest, aber das steht fest, daß in Rheim die Donau für den Großschiffahrtsweg hergerichtet wird, ebenso der Main bis Bamberg.“

Beginnende Einkehr.

Der Breslauer Universitätsprofessor Hillebrandt hat bekanntlich im Herrenhaus einen Antrag eingebracht, wonach der obliquatorische Unterricht in Englisch und Französisch an unseren höheren Schulen allmählich „abgebaut“ und statt dessen „andere moderne Sprachen“ — gemeint sind nach dem Wortlaut des Antrags vor allem orientalische Sprachen — eingeführt werden sollen. Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vor Pfingsten beschloffen, diesen Antrag der Regierung zur Prüfung zu überweisen.

Gegen diesen Antrag wendet sich nun eine Zuschrift, die die „Rheinisch-Westfälische Zig.“ an leitender Stelle veröffentlicht. Ganz richtig bemerkt diese Zuschrift, daß der Antrag Hillebrandt, wenn er überhaupt einen praktischen Wert haben soll, auf die Türkei und Bulgarien zugeschnitten sei.

„So sehr wir — heißt es dann weiter — beide Mächte als tapfere Bundesgenossen und Helfer im Kampf zu schätzen wissen, so wenig dürfen wir uns doch der Tatsache verschließen, daß unsere Bundesgenossenschaft noch viel zu jung ist, als daß wir sie zur Grundlage für eine Umwälzung unseres gesamten Unterrichtsweesens machen dürfen. Denn daß das Bündnis mit der Türkei bisher noch nicht weit über militärische Abmachungen, die die Rot des Augenblicks erfordert, hinausgekommen ist, haben die vor kurzem im Reichstage berührten Verhandlungen über ein Wirtschaftsbündnis mit der Türkei nach dem Kriege bewiesen. Wie weit die gegenseitigen Verpflichtungen mit Bulgarien gehen, weiß man überhaupt nicht. Ob dem Antragsteller im Herrenhaus darüber mehr bekannt sei als der Öffentlichkeit, darf man sehr bezweifeln. Unserem Kultusministerium sind die Folgen des Antrags Hillebrandt für unser Schulwesen wohl bewusst. Der Kultusminister hat denn auch aus seinen schwereren Bedenken gegen den Antrag kein Hehl gemacht und offen bekannt, daß er einwilligen noch wenig Neigung hat, auf die ganze Frage einer Neuorientierung unseres höheren Schulwesens einzugehen, geschweige denn über Erwägungen hinaus zu praktischen Folgerungen überzugehen.“

Zu diesen Bedenken werden in der „Rheinisch-Westfäl. Zig.“ noch einige weitere angeführt. In erster Linie jenes, daß es nicht angeht, unser Bildungssystem der jeweiligen außerpolitischen Konstellation anzupassen.

„Ebensovienig wie das radikale England und sein Anhang nach dem Kriege den Handelskrieg gegen Deutschland bis aufs Messer durchführen können, ebensovienig werden sich unsere Bundesgenossen trotz aller Verträge so eng an uns anlehnen können, daß wir mit einemmal unsere ganze geistige Bildung von heute „neu orientieren“ müßten. Das werden unsere Bundesgenossen selber kaum von uns verlangen, ebensovienig wie wir ihnen zumuten können, englisch und französisch zu verbannen und sich ganz der deutschen Sprache zu widmen, so erfreulich das auch für uns wäre. Englisch ist, um Französisch ganz beiseite zu lassen, auch heute noch die Weltsprache, d. h. das internationale Verständigungsmittel und wird es noch auf lange Zeit hinaus bleiben. Das sind Tatsachen, um die man nicht herumkommt.“

Die „Rheinisch-Westfäl. Zig.“ läßt nicht einmal den Einwand gelten, daß mit dem Antrag Hillebrandt unseren Bundesgenossen ein Dienst und eine Freude bereitet werden soll. Mit Recht hebt die Zuschrift hervor, daß die Türkei und Bulgarien mit ihren Bundesgenossen und

„Freunden“ so schlimme Erfahrungen gemacht haben, daß sich bei ihnen ein tiefes Misstrauen gegenüber eingewurzelt hat. Allmählich muß ihnen durch die Tat gezeigt werden, daß wir ihr Land nicht als „Interessensphäre“ ansehen wollen, aus der nach berechtigten Wünschen später nur ein Ausbeutungsgebiet wird, sondern daß wir ihnen wirklich etwas bieten können und wollen. Das aber erfordert viel Geduld und vielleicht noch mehr Tatkraft. Der Antrag Hillebrandt jedoch ist nur zu sehr geeignet, bei unseren Bundesgenossen mißverstanden zu werden und den Anschein zu erwecken, als sei es uns in der nächsten Zeit nur darum zu tun, ein Heer von bulgarisch und türkisch sprechenden Kulturbringern heranzuzüchten, das ihre Länder überschwemmen solle. Der Antrag wird als unerbetene Aufmerksamkeit ausgelegt werden, die als Aufdringlichkeit wirken muß.“

Wir sind in der seltenen Lage, uns diesmal mit den Ausführungen der „N.-Wesf. Ztg.“ im großen und ganzen einverstanden erklären zu können.

Die Vorgänge in München.

München, 19. Juni. (B. Z. B.) Ueber die Vorgänge am Marienplatz teilt die Münchener Polizeidirektion heute mit: Die am Sonnabendabend auf dem Marienplatz vorgekommenen Ausschreitungen sind nach polizeilichen Ermittlungen ausschließlich das Werk jugendlicher Razzmocker und haben keinen ernsten Hintergrund. Abgesehen von einigen kleineren Vorfällen lassen sich zwei Gruppen von schweren Ausschreitungen unterscheiden. Gegen 8½ Uhr zog eine Motte halbwüchsiger Burschen von der Neuhäuserstraße aus, mit Steinen bewaffnet, über den Marienplatz gegen das Café „Rathaus“ und warf dort eine Anzahl Fenstersteine ein. Die Steine hatten sie aus der Neuhäuserstraße, wo zurzeit Verlegungen der Straßenbahngeleise stattfinden, geholt. Gegen 11 Uhr zerfiel eine Gruppe 16 bis 18jähriger Burschen die Auslagefenster einer Zigarrenhandlung am Marienplatz und einer benachbarten Bäckereifiliale. Bisher wurden elf an diesen Ausschreitungen beteiligte Burschen dem Gerichte übergeben. Am Sonntagabend wurde eine größere Anzahl jugendlicher, die sich ziellos in verächtlicher Weise auf dem Marienplatz herumtrieben, polizeilich in Sicherheit genommen. Bei mehreren von ihnen fand man Steine, Messer und Gummiznippel.

Militärische Übungen als Pflichtunterricht.

Im vorigen Jahre hatte der Bürgermeister von Höhscheid (Kreis Solingen) auf die Tagesordnung einer Stadtverordnetenversammlung den Antrag der Verwaltung gestellt, die bekannten militärischen Übungen der fortbildungspflichtigen Jugend als Pflichtunterricht in das Ortsstatut der Fortbildungsschule aufzunehmen. Das Stadtverordnetenkollegium lehnte diesen Antrag ab. Auf Grund dieses Beschlusses hielten einige Einwohner ihre Söhne von diesen Übungen zurück. Ein Einwohner erhielt ein Strafmandat von 50 Mark. Er beantragte richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht in Solingen hielt die Strafbarkeit trotz des Stadtverordnetenbeschlusses für gegeben und verurteilte den Angeklagten zu fünf Mark Geldstrafe. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß weder die Schuldeputation noch die Stadtverordnetenversammlung den Lehrplan der Fortbildungsschule zu bestimmen habe, sondern die Schulaufsichtsbehörde; in diesem Fall der Regierungspräsident von Düsseldorf. Dieser aber habe am 14. September 1914 die Einführung des militärischen Unterrichts angeordnet. Das Kammergericht habe bereits in zwei Fällen in gleicher Weise entschieden.

Verbot ausländischer Modeblätter.

In Königsberger Blättern lesen wir: Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird für den Corpsbezirk des I. Armeekorps, den Befehlsbereich des Gouvernementsbezirks Königsberg und des Festungsbezirks Pillau folgendes bestimmt:

Es wird verboten, aus dem feindlichen Ausland stammende Modeblätter, Modezeichnungen, Mode- und ähnliche Fachzeitschriften einzuführen und zu verbreiten.

Zu widerhandlungen sind gemäß § 9b Gef. vom 4. 6. 51 über den Gefangenenzustand und § 1 Gef. vom 11. 12. 15 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 M. strafbar.

Das tägliche Brot.

Bucher und Verhehung.

Eine vom stellvertretenden Generalkommando des 11. Armeekorps in Kassel neuerdings erlassene Rundgebung lautet:

Die durch die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung geschaffene Lage erfordert die ernsteste Aufmerksamkeit aller Behörden. Es gilt zu verhindern, daß die Stimmung der Bevölkerung in eine Richtung gedrängt wird, die das „Durchhalten“ im Innern des Landes gefährdet. Im Zusammenhang hiermit muß es schweres Bedauern erregen, daß die Klagen sich mehren über treche Lebensmittelwucherer und darüber, daß das Treiben dieser selbstfüchtigen, gemeinschädlichen Wegelagerer von den Behörden nicht schnell und tatkräftig verfolgt und von den Gerichten erst nach langer Zeit und dann viel zu milde bestraft werde. Daß ein erheblicher Teil dieser Verbrechen nicht begründet ist, muß als sicher angenommen werden und ist auch vom Generalkommando durch die Untersuchung zahlreicher Einzelfälle festgelegt worden. Die große Gefahr aber, die in dem hohen Vorhandensein solcher Klagen liegt, kann nicht übersehen werden. Denn auf dem Boden solcher Mißstimmung wuchert jene Verhehung, die schon im Frieden die Hoffnung unserer Feinde gewesen ist, und die jetzt zum mindesten eine Schwächung der inneren Widerstandskraft des deutschen Volkes bedeuten würde. Diese Gefahren abzuwenden, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden; hierbei tatkräftig mitzubestehen, ist die Pflicht nicht nur der Behörden, sondern der gesamten Bevölkerung. Die folgenden Ermahnungen wenden sich daher an jeden einzelnen:

1. Wer in jeglicher Zeit Geld übrig hat, verzeude es nicht für Vergnügungen, Kleiderstand oder sonstigen unnötigen Aufwand, nicht zum Aufspeichern von Vorräten für das eigene Wohlleben, sondern führe es gemeinnützigen Zwecken zu oder spare es für das Vaterland (Kriegsanleihe).

2. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, leiste jeder eine im Dienste des Vaterlandes nützliche und notwendige Arbeit, nicht aber trachte er danach, sein Geld dadurch zu vermehren, daß er seine Mitmenschen bewuchert oder zu überflüssigen und schädlichen Gelddausgaben verleitet.

3. und das ist das Dringendste: Vor allem muß den Bucherern, dann aber auch denen, die die Unzufriedenheit schüren und heben, das Handwerk schnell und gründlich gelegt werden. Allgemeine Klagen helfen hier ebenso wenig wie heimliche, nur auf Schwächere gegründete Schmähungen. Vielmehr muß der einzelne Bucher oder Heher und seine Tat nach Name, Ort und Zeit so genau zur Anzeige gebracht werden, daß man ihn wirklich fassen und unschädlich machen kann. Wer berechtigte Klagen zu haben meint, bringe sie vertrauensvoll zur Kenntnis der nächsten bürgerlichen Behörde.

Nur dadurch, daß jeder einzelne, der unbillig überäuert worden ist oder überäuert werden sollte, persönlich für seine Sache eintritt, wird den schädlichen Freitreibereien mit Erfolg nachgegangen und den Nahrungsmittelwucherern sowie den Hehern ihr Handwerk gelegt werden. Durch allgemeine Klagen und anonyme Anzeigen werden die Behörden in dem schweren Kampfe gegen den Lebensmittelwucher nicht unterstützt und wird nie etwas erreicht, sondern nur Unzufriedenheit und Mißstimmung zum Schaden unseres wirtschaftlichen Durchhaltens verbreitet werden.

Das Generalkommando in Kassel zeigt mit dieser Zusammenstellung von „Bucher“ und „Verhehung“ nicht gerade ein sehr großes Verständnis für die Ursachen der in weiten Kreisen herrschenden Stimmung. Noch erstaunlicher aber ist es, daß der a. m. l. i. c. h. e. „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ diese Rundgebung zustimmend nachdruckt.

Die Kartoffelnot.

Abgesehen von einigen kleinen Städten und verschiedenen Landgemeinden war die Kartoffelnot in der letzten Woche im rheinisch-westfälischen Industriegebiet überall groß. Ganz besonders lebhaft Klagen kamen aus Dortmund und Essen. In Essen ging es in den einzelnen Stadtvierteln außerordentlich lebhaft zu. Die Empörung der Kartoffel kaufenden Frauen wurde noch erheblich dadurch gesteigert, daß stellenweise Kartoffeln zur Ausgabe gelangten, die zu sieben Zehntel verkauft waren, während der Rest sich beim Kochen ebenfalls als total unbrauchbar, weil erfroren, herausstellte. Eine dringliche Sitzung des Lebensmittel-ausschusses sprach die Überzeugung aus, daß die wesentliche Ursache der Kartoffelknappheit in der Monatsmitte die um diese Zeit eintretende Preissteigerung sei. Ob es möglich sein wird, die Zufuhren einigermaßen dem Bedarf anzupassen, kann nicht gesagt werden. Unter dem Druck der Verhältnisse hat sich die Stadt Essen endlich auch entschlossen, Volksküchen einzurichten, während früher gesagt wurde, daß die Vorbereitungen dazu lange Zeit erforderten, können sie jetzt auf einmal in einer Woche erledigt werden.

Der Oberbürgermeister von Köln erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, in der es heißt: „Die Stadt selbst ist nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht imstande, sich auf irgendeine Weise freihändig Kartoffeln zu beschaffen; die Zentralstelle, welche die Lieferung der Kartoffeln an die Bedarfskommunal-Verbände vornimmt, die Reichskartoffelstelle, wird in der nächsten Zeit nicht in der Lage sein, der Stadt Köln zur Versorgung ihrer Bürgerschaft ausreichende Mengen an Kartoffeln zu überweisen.“

Landwirtschaft und Krieg.

In Köln hat dieser Tage die Jahreshauptversammlung der Genossenschaften des Rheinischen Bauernvereins stattgefunden. Die Freiherr R. L. von Loe berichtete, beträgt die Zahl der rheinischen Bauerngenossenschaftskasse angeschlossenen Genossenschaften 277. Der Gesamtumschlag der Kasse stieg von 276 910 000 M. in 1914 auf 679 560 000 M. im Jahre 1915, also um nicht weniger als 402 Millionen Mark. Die Vorkriegszeiten stiegen um mehr als zwei Millionen Mark. Die Kasse hat auf die Kriegsarbeiten bisher 50 Millionen Mark gezahlt. Herr v. Loe versicherte es, wie das andere Wortführer der Landwirtschaft getan haben, die erhöhten Vorkriegszeiten als vorwiegend „freigewordenes Betriebskapital“ zu bezeichnen; nur als Nebenumstand erwähnte er den Wegfall ökonomischer Neuanlagen und die Abschichtung von Jugendlichen. Aber auch hier ist noch einschneidend festzustellen, daß hierfür auf der anderen Seite neue Maschinen, Möbel usw. gekauft worden sind, so daß heute jeder Bauernhof alle äußeren Merkmale gesteigerten Wohlstandes trägt.

Bemerkenswert ist die Form der mahnenden Worte, die Freiherr R. L. von Loe in der Mitgliederversammlung des Verbandes Rheinischer Genossenschaften sprach. Er sagte nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 487) u. a.:

„Aushungern kann man uns nicht, wenn der Bauer wie bisher intensiv weiter arbeitet; aber seine Erzeugnisse müssen richtig verteilt werden, namentlich muß den Städten in dieser schweren Zeit geholfen werden, damit diese bis zur neuen Ernte durchhalten können. Die ländlichen Genossenschaften haben großen Anteil an der erfolgreichen Bekämpfung des Aushungerungsplanes; sie dürfen aber auch in dieser Kriegszeit ihr eigenes Interesse weniger wie je an die Spitze stellen, sondern müssen das Allgemeinwohl im Auge haben und sich fragen: wie können wir dem Volksganzen nützen und unserem Volke zu einem hegreichen Ende helfen. Darum müssen alle genossenschaftlichen Maßnahmen von dem Gedanken geleitet sein, was der Allgemeinheit nützt und frommt.“

Es ist dringend zu wünschen, daß die offensichtlich recht vorsichtig gewählten Worte des rheinischen Bauernführers, denen in anderen Gebieten ähnliche Äußerungen führender Männer der landwirtschaftlichen Verbände vorangegangen sind, bei denen, die es angeht, endlich die gebührende nachhaltige Beachtung finden möchten.

Erneute Teuerungsunruhen in Holland.

In Amsterdam fanden am Sonnabend wieder Kartoffelunruhen statt, worauf die Polizei, die von der Menge u. a. mit verkauften Kartoffeln demorren wurde, scharf vorging. In Rotterdam war es ziemlich ruhig. Die Vertreter der Lebensmittelkassiers in Rotterdam, Amsterdam und in Haag berieten mit dem Ministerpräsidenten, worauf beschlossen wurde, als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln Reis zu billigen Preisen zu verkaufen.

Amsterdam, 19. Juni. (B. Z. B.) Heute fanden hier wieder große Kundgebungen wegen des Lebensmittelmangels und der Teuerung statt. Es kam mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auf dem Gemüsemarkt war neben Polizei auch Militär ausgeboten, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Um die Kartoffel- und Gemüsekarren auf dem Wege vom Großmarkt nach den einzelnen Läden vor Überfällen zu schützen, wurde eine Militärbesatzung beigegeben. Die Polizei macht bekannt, daß von morgen ab keine öffentlichen Kundgebungen mehr gestattet sein werden.

Aus der Partei.

An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Vom bisherigen Kreisvorstand geht uns nachstehende Erklärung zu:

Die auf Sonntag, den 18. Juni, einberufene Generalversammlung mußte von dem Kreisvorstand vorzeitig geschlossen werden, weil dieselbe durch die Stimmen der Vertreter von Ortsvereinen, die die Beitragsperre selbst beschlossen und erklärt haben, sie weiterzuführen, eine statutenwidrige Zusammensetzung erhielt.

Nach sind für die Wahlvereine von Neukölln und Lichterfelde die Beschlüsse durch die Stimmen der Vertreter nicht aufgehoben, die in Neukölln durch den Dringlichkeitsantrag des neuen Wahlvereinsvorsitzenden Koch eingeleitet wurden, daß die am Orte erhobenen Beiträge am Ort verbleiben müssen, mit der Begründung, daß diese Maßnahme absolut notwendig ist zur Wahrung der Interessen der Mitglieder, und der in der Generalversammlung von Neukölln seine Erfüllung fand durch die Ablehnung des Antrages gegen die Beitragsperre und Annahme des Sperrebeschlusses:

„gegenüber der Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der mit seiner nationalpolitischen Politik außerhalb der Partei steht, stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, diesem Parteivorstand jede Geldmittel zu sperren.“

In der eigens zu der Generalversammlung am 18. Juni verbreiteten Broschüre wird dieser Standpunkt auch nicht aufgehoben, sondern noch unterstrichen durch die Begründung: „als Konsequenz, als deutlicher Ausdruck dieser Erkenntnis müssen die Organisationen diesem Parteivorstand der Geiseldemann und Genossen ihren Pflichtbeitrag sperren.“ Ganz in dem gleichen Sinne fordert der Beschluß des Wahlvereins Lichterfelde die Spernung der Beiträge an den Kreisvorstand, die der Ortsvorstand als „nicht gegen das Statut verstößend“ bezeichnet.

Der Bericht des „Vorwärts“ bringt die genau präzisierten Erklärungen des Kreisvorstandes, die seinen Standpunkt zu dieser Sachlage eingehend begründen, nicht.

Diese haben in ihrem entscheidenden Teil folgenden Wortlaut: „Seit dem für die Versammlung am 7. Mai angeetzten Termin haben sich Dinge ereignet, die die Abhaltung der Versammlung am heutigen Tage als besonders zweckmäßig nicht erscheinen lassen. Der Wahlverein Neukölln hat ebenso wie der von Lichterfelde beschlossene, die Spernung der Beitragsperre durchzuführen. Es besteht nach den Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei sowie den Beschlüssen der Kontrollkommission derselben kein Zweifel, daß sie sich damit außerhalb des Rahmens der Gesamtorganisation gestellt haben, als deren Glied der Kreiswahlverein besteht.“

Allerdings liegen die Verhältnisse in Neukölln etwas anders als bei Lichterfelde.

Zwar besteht der Beschluß der Generalversammlung von Neukölln bis zu seiner Aufhebung in allen seinen Konsequenzen, d. h. auch bezüglich des Delegationsrechtes der Neuköllner Genossen zur Generalversammlung des Kreiswahlvereins unverändert fort. Es haben aber in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen der Neuköllner Funktionäre stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, die Frage der Beitragsperre einer erneuten Besprechung und Beschlussfassung zu unterziehen. Von dem Ergebnis dieser noch bevorstehenden Beschlussfassung wird die endgültige Stellung des Neuköllner Wahlvereins zur Kreisorganisation abhängen. Bei der starken Delegiertenzahl, die Neukölln zur Generalversammlung zu stellen hat, wäre es deshalb zweckmäßig gewesen, mit der Abhaltung der heutigen Generalversammlung zu warten, bis jene Stellungnahme klar und endgültig erfolgt ist. Die heute anwesenden Vertreter von Neukölln sind, unbekannt der persönlichen Stellung des einzelnen, Delegierte einer Organisation, die die Beitragsperre beschlossen hat. Angesichts des von etwa 200 Funktionären gefassten Beschlusses auf nochmalige Verhandlung dieser Frage beantragt der Kreisvorstand: in namentlicher Abstimmung über die Zulassung der Neuköllner Delegierten zu entscheiden. Er muß auf seinem grundsätzlichen Standpunkt beharren.

Anderes liegen die Dinge bei dem Wahlverein Lichterfelde. Dieser hat am 10. Mai die Beitragsperre beschlossen und dessen Vorstand nach am 4. Juni im „Vorwärts“ erklärt, daß er diesen Beschluß aufrechterhalten und durchsetzen werde.

Der Wahlverein Lichterfelde hat sich damit selbst außerhalb der Organisation der Partei — also auch des Kreisvereins — gestellt. Von ihm können Vertreter zur Generalversammlung nicht anerkannt werden.“

Auf darauf die Versammlung unter Mitwirkung der Neuköllner und Lichterfelder Delegierten über die Einwände des Vorstandes zur Tagesordnung hinwegging, die die Beitragsperre Organe als als vollberechtigt anerkannte, erklärte der Genosse Thurow für den Vorstand:

„Durch Ihren Beschluß haben Sie der Generalversammlung eine Zusammensetzung gegeben, die statutenwidrig ist und alle ihre Beschlüsse müssen es demzufolge ebenfalls sein.“

Der Kreisvorstand ist nicht in der Lage, dieses statutenwidrige Verfahren gutzuheißen, das nur möglich wurde durch die Stimmen von Neuköllner Vertretern, deren fragliches Delegationsrecht schon bei Beginn der Verhandlungen eingehend gewürdigt wurde.

Durch die Anerkennung der Organisationen, die die Beitragsperre beschlossen haben und sie weiter propagieren, würde der Kreisvorstand diese Bestrebungen unterstützen und die Organisation selbst in deren Dienst stellen. Dazu ist der Kreisvorstand nicht in der Lage; er kann Beschlüsse der heutigen Versammlung nicht anerkennen.

Die Generalversammlung ist geschlossen!

So unvollkommen der „Vorwärts“ diese Begründungen wiedergibt, auf der anderen Seite gleicht er den Mangel aus. Hier bringt der Bericht sogar im Fettdruck Ausführungen eines „Lichterfelder Vertreters“, die überhaupt nicht gemacht wurden, und führt so zu einer Täuschung der Parteigenossen über die Vorgänge in der Versammlung und die Ursachen der Differenzen. Denn es ist, trotz Fettdruck, nicht wahr, daß Julian Borchart den Beschluß der Generalversammlung von Lichterfelde dahin erläuterte: „mit der heute vorgunehmenden Neuwahl des Kreisvorstandes ist der Lichterfelder Beschluß erledigt.“ Es wäre auch unklar gewesen, denn er selbst hat noch am 4. Juni im „Vorwärts“ den Standpunkt vertreten: daß die Ortsvereine zur Beitragszahlung an den Kreisvorstand nicht verpflichtet seien.“

Es steht demnach fest, daß die Beschlüsse der Neuköllner und Lichterfelder Wahlvereine auf Sperre der Beiträge jeder Deutung zuwider Kar und einwandfrei bis zur Stunde bestehen.

Der in ihnen ausgeübten Auffassung mußte der Kreisvorstand die Anerkennung verweigern, denn sie ist gleichbedeutend mit der Zerstückelung der Kreisorganisation. Darüber bestanden bisher auch keinerlei Zweifel in der Partei.

Die Mehrheit der Delegierten ging dennoch über die Bedenken des Vorstandes zur Tagesordnung über und sprach ihn so, seiner Pflicht gegen die Partei durch die Schließung der Versammlung gerecht zu werden.

Die Mehrheit der Delegierten blieb, sie beschloß mit Majorität, den Kreisvorstand seines Amtes zu entheben und Beiträge an ihn nicht mehr abzuführen. Den Ortsvereinen sollen durch einen provisorischen Vorstand Beitragsmarken überwiesen werden. Dazu erklären wir:

Die Gruppe Delegierter der geschlossenen Generalversammlung war nicht berechtigt, in ihrer besonderen Veranstaltung für die Organisation statutarisch bindende Beschlüsse zu fassen; sie haben für die Mitglieder des Kreiswahlvereins keine Gültigkeit.

Die Ausgabe der Beitragsmarken und ihre Verrechnung erfolgt nach wie vor nur durch die Kreisorganisation.

Der Kreisvorstand, als der allein dazu Berufene, wird unter Wahrung der statutarischen Bestimmungen, sobald die Umstände es gestatten, eine neue Kreisgeneralversammlung vorbereiten und die Entscheidung der Mitglieder anrufen.

Eine ausführliche Darstellung des parteiorganisatorischen, in der Beitragsperre sich ausprägenden Treibens im Kreis wird den Mitgliedern umgehend übermittelt werden.

Der Kreisvorstand.

Thurow, Böske, Groger, Bagels, Stieffenhofer, Ihned, Wenzel.

Soweit die Erklärung des bisherigen Vorstandes, den darin enthaltenen Angriff auf unsere Berichterstatter müssen wir entschieden zurückweisen, da unser Berichterstatter den Vorgängen fernsicht und im übrigen sich durch jahrzehntelange, sachgemäße Berichtserstattung bewährt hat. Seine Darstellung entspricht den Tatsachen.

Wenn sich der bisherige Vorstand darüber beschwert, daß seine Erklärungen nicht ausführlicher wiedergegeben wurden, so dürfte das fluchtartige Verschwinden die Ursache sein. Hätte man noch soviel Zeit gehabt, die Erklärungen dem Berichterstatter zu übermitteln, so wären auch diese Erklärungen im Wortlaut mitgeteilt worden. Weiterens machen wir darauf aufmerksam, daß es der Kreisvorstand nicht für nötig gehalten hat, uns wenigstens heute die Erklärung im vollen Wortlaut zu übermitteln. Was den seltenen Druck einzelner Stellen unseres gestrigen Berichtes anbetrifft, so ist er lediglich auf technische Ursachen, die im Sonntagsbetrieb zu suchen sind, zurückzuführen. Von der Redaktion wurde nur Sperrdruck vorgezogen.

Zu unserem gestrigen Bericht stellen wir noch fest, daß von den 13 Delegierten, die mit dem engeren Kreisvorstand den Saal verließen, 4 aus Köpenick, 2 aus Neukölln, die übrigen aus Langewahl, Petersdorf, Rauhen und Teltow stammten.

Stenliste der Partei.

In Zwickau verstarb infolge einer Darmoperation der Genosse Hermann Schmidt, Mitglied des Parteiausschusses.

Aus Groß-Berlin.

Berlins städtische Schule für epileptische Kinder.

Berlins städtische Anstalt für Epileptische, Buhlgarten, liegt nahe der Station Wiesdorf, an der in östlicher Richtung nach Kaustsdorf führenden Vorortbahn. Auf ausgedehntem Gelände befindlich, nimmt sie sich mit der Menge ihrer den verschiedenen Zwecken dienenden Baulichkeiten wie eine vollständige Ortschaft und im Schmuck ihrer Anlagen paradiesisch schön aus. Die Unglücklichen jedoch, die man hier unterbringt, sind nur im seltenen Ausnahmefall von ihrem Leiden — immer wiederkehrenden Krämpfen — zu befreien.

Buhlgarten umfaßt seit langem auch eine — natürlich als ausschließliches Internat eingerichtete — Schule für epileptische Kinder. Das nach jeder Richtung hin mühevoll gefaltete „Kinderhaus“, in dem dieselbe sich befindet, beherbergt außerdem die vorzulpflichtigen und die ununterrichtbaren Kinder. Ueber dem Eingange heißt es:

„Des Körpers Erhaltung, des Geistes Entfaltung.“

Epileptische Kinder sind nicht eigentlich schon an sich, gleich schwachsinigen und schwachbegabten, minder leistungsfähig. Sie werden es vielmehr erst infolge der Erschütterungen, die ihren Körper wieder und wieder — je nachdem, heftiger oder gelinder, im voraus, aber stets unbedenkbar — durchzucken. Solche Krampfanfälle können jederzeit eintreten, in der Nacht und am Tage, wie auch nach kürzeren oder längeren, mitunter wochenlangen Zwischenzeiten. Arzneien, die je nach Umständen vielfach gereicht werden, wirken nur nach außen hin beruhigend. Zu einer gänzlichen Tilgung des Uebels kommt es aber fast nie. Das hemmt eben nicht bloß die Heranbildung des Kindes, sondern unterbindet auch im späteren Leben die selbständige Betätigung des Erwachsenen. Buhlgartens epileptische Kinder, in überwiegender Zahl durch Knaben vertreten, weisen an körperlichen Mängeln verhältnismäßig nicht viel auf. Sie legen aber, hier es, eine schier ungeheuerliche Eßbegierde an den Tag. Diejenigen, die beim Umfallen gewöhnlich mit einer bestimmten Stelle des Kopfes aufzustößen pflegen, läßt man eine Art Kappe tragen, und während der Nacht sind im Schlaftaal zwei Wärterinnen ständig auf dem Posten.

Mädchen und Knaben werden gemeinsam unterrichtet, teils von Lehrern, teils von Lehrerinnen, die sämtlich nicht in der Anstalt wohnen. Die Schulstunden entfallen im Sommer und Winter auf die Vormittagszeit von 8 bis 12. Von den sechs aufsteigenden Klassen soll bestimmungsgemäß jede nur zehn Kinder aufnehmen. Ein Ueberschreiten dieser Ziffer läßt sich aber wohl nicht immer, und ganz besonders jetzt nicht vermeiden. Auch aus Buhlgarten wurden Lehrer zu den Fahnen einberufen, und dies hat notwendig zum Zusammenziehen verschiedener Klassen geführt. Die unterste derselben, in der die Kleinen hauptsächlich im Sinne Tröbels beschäftigt werden, dient der Vorbereitung auf den eigentlichen schulplanmäßigen Unterricht und zum Teil auch dem Erhalten der Unterrichtsbarkeit einzelner Kinder. Der Lehrplan entspricht im großen und ganzen dem der Berliner Gemeindeschule und sieht als Abschluß die Förderung bis zur zweiten Klasse einer solchen vor. Erreichbar bleibt dieses Ziel allerdings nur den am wenigsten leidenden Kindern. Mitunter haben die Krampfanfälle es ja auch zur Folge, daß die betroffenen Mädchen und Knaben während längerer oder kürzerer Zeit nicht in der Lage sind, am Unterricht teilnehmen zu können. „Gartenarbeit“ und Handfertigkeitsunterricht gehören zu den planmäßig aufgestellten Fächern. Jene vollführen die Kinder an einer solchen Zweck eignen vorbehalteneren Stätte, wo sie sich, vom Lehrer angeleitet und beaufsichtigt, im Säen, Säen usw. zu üben haben. Man läßt sie überhaupt möglichst viel im Freien weilen. Der als wesentlich herangezogene Handfertigkeitsunterricht erleidet eine Beschränkung in der Weise, daß nicht mit spitzen, scharfen Werkzeugen gearbeitet werden darf. Man gibt den Kindern auch bei keiner Mahlzeit Messer und Gabel in die Hände.

Alles aber, was auch nur entfernt nach Drill und Dressur aussieht, geht dem Unterricht gänzlich ab. Lehrer und Lehrerinnen sind darauf bedacht, die Kinder zwanglos und natürlich sich bewegen zu lassen, sie zu eigenem Erfassen, selbständigem Bearbeiten zu befähigen und mit Lust und Liebe zur Sache zu erfüllen, auch ihren Blick bis zu dem hier überhaupt erreichbaren Grade zu weiten.

Durch die neben jeder Klasse befindliche „Krampfkammer“ kennzeichnet sich die Eigenart der Schule, deren Einrichtung sonst mit der anderer Schulen übereinstimmt. Diese „Krampfkammer“ ist ein kleines, mit einer Matratze versehenes Gemach, wohin das während der Stunde von Krämpfen befallene Kind gebracht wird. Je nach Umständen bewerkstelligt dies der Lehrer entweder selbst, oder er drückt auf den in jeder Klasse befindlichen Knopf einer elektrischen Klingel, worauf sofort eine Wärterin erscheint. Wiederholt bemühten sich auch Mitschüler und Mitschülerinnen in sehr geschickter Weise um das erkrankende Kind.

Die Ferien fallen mit denen der Berliner Gemeindeschule zusammen. Nicht alle Kinder aber finden für die Dauer derselben Aufnahme bei Angehörigen, und der zurückbleibenden wegen liegt es den Lehrerinnen ob, an jedem Ferientage wechselweise während bestimmter Stunden in der Anstalt zu weilen. Ist kein Glied des Lehrkörpers zur Stelle, so stehen alle Kinder in der Obhut der Dame, in deren Händen die wirtschaftliche Leitung des Kinderhauses liegt.

Im Kinderhaus bleiben Mädchen wie Knaben nur bis zum vierzehnten Jahr oder doch wenigstens bis im Ausnahmefall über dieses Alter hinaus. Können sie dann aus der Anstalt nicht entlassen werden, das heißt, haben sie keinen Halt an Angehörigen, so geht's mit ihnen unvermittelt nach den Häusern für Erwachsene — ein jährer Wechsel, der auf ihre Entwicklung keineswegs günstig einzuwirken vermag. Noch fehlt es der Anstalt eben leider an einer besonderen Jugendabteilung.

Volksspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Das Kriegsministerium teilt mit:

Die Versorgung der in feindlicher Gefangenschaft befindlichen Angehörigen des deutschen Heeres, der Marine und der Schutztruppen sowie der Zivilgefangenen ist eines der wichtigsten Gebiete der Fürsorgetätigkeit der Heimat. Hervorragendes ist schon von deutschen Behörden, von heimatischen Hilfsvereinen, zahlreichen Privatpersonen und der Familien der Gefangenen geleistet worden; es sei nur an die Versorgung

der in Rußland befindlichen Gefangenen mit rund 100 000 Paketen, wollehen Dedden, Uniformen und Stiefeln im Herbst vorigen Jahres, an die gleichzeitige Reise der deutschen Schwärmer nach Rußland und die Weihnachtsversorgung der in Frankreich befindlichen Gefangenen erinnert.

Mit der Dauer des Krieges steigt naturgemäß die Not der Gefangenen, die getrennt von Heimat und Familie in ungewohnten Verhältnissen leben, steigen ihre körperlichen und seelischen Leiden. Das Reich sorgt auch weiterhin für die Gefangenen, aber wo eine erhöhte Liebestätigkeit erforderlich ist, da muß das ganze deutsche Volk eingreifen und mit dazu beitragen, daß die Gefangenen nach dem Kriege gesund in die Heimat zurückkehren.

Soeben hat sich ein Ausschuss gebildet, dessen Ziel es ist, durch eine Volksspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu sorgen. In ganz Deutschland soll im Laufe des Juli in jedem Ort eine Sammlung durchgeführt werden, aus deren Ertrag eine planmäßige Versorgung der Gefangenen mit Liebesgaben, Kleidungsstücken und von auswärts herbeigeschafften Nahrungsmitteln erfolgen soll. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Liebesgaben auch tatsächlich in den Besitz der Gefangenen gelangen.

Bekanntmachung.

Berlin, 19. Juni. (B. Z. B.) Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Kessel, erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmte ich unter Aufhebung der diesseitigen Verfügung vom 10. März 1918 — im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung:

§ 1.

Wer es unbesugt unternimmt, Briefe, Postkarten oder schriftliche oder gedruckte Aufzeichnungen, die Briefe oder Postkarten zu betreffen bestimmt sind, unter Umgehung des ordentlichen Postweges von oder nach dem Ausland über die Reichsgrenze (unter Reichsgrenze ist die verfassungsmäßig festgelegte Grenze des Deutschen Reiches zu verstehen) zu bringen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden.

§ 2.

Reisende, die die Reichsgrenze überschreiten, sind verpflichtet, alle Schriften, Druckfachen oder Aufzeichnungen, die sie bei sich führen oder in ihrem Gepäck befördern, an der Grenzstelle vorzulegen, desgleichen etwaige Umschläge, Pakete, Koffer, worin solche Schriften usw. amtlich verschlossen sind. Dasselbe gilt für Karten, Zeichnungen technischer Art, Pläne, Geländeaufbildungen, Pläne oder sonstige bildliche Wiedergaben von Gegenständen.

Wer es unbesugt einer Aufforderung einer Militärperson oder eines Beamten des Grenzschutzes unterläßt, die in Abs. 1 bezeichneten Gegenstände vorzulegen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden.

Der Polizeipräsident von Lopen macht dazu bekannt:

Die Dienststelle zur Prüfung der Schriftstücke befindet sich für Berlin in Zimmer 190a des Königl. Polizei-Präsidiums, 1. Etage, Ausgang aus dem überdachten Hof; Geschäftsstunden von 8-3 Uhr. Die Schriftstücke sind 48 Stunden vor Antritt der Reise vorzulegen.

Die Fleischverteilung in Berlin.

Die Fleischverteilung in Berlin ist in vergangener Woche recht mangelhaft gewesen. Als der Magistrat ankündigte, daß in voriger Woche 260 Gramm Fleisch auf den Kopf entfiel, mußte man auf das Vorhandensein größerer Fleischmengen schließen. Aber mit der Verteilung haperte es schon Anfang der Woche. Der Montag war ein Feiertag, an dem Fleisch nicht verkauft wurde. Am Dienstag war fleischloser Tag und erst am Mittwoch setzte der Verkauf ein. Die Kunden mit hohen Nummern hängten um ihren Anteil. In einer Fleischzentrale in der Prinzenallee, unweit der Wiesenhaler Straße, standen am Sonnabendabend noch mehrere Hundert Personen, als der Laden geschlossen wurde, Personen, deren Nummern an der Reihe waren. Unter großer Empörung gingen die Leute auseinander, da sie stundenlang umsonst gestanden hatten. Aus Mosbit erhalten wir folgende Zuschrift:

„In der Woche vom 5. bis 11. Juni erhielten wir am Pfingstsonntag vormittag auf unsere fünf Fleischmarken vier Rationen. In dieser Woche (vom 12. bis 18.) haben wir nichts bekommen. Bei dem Fleischer, bei dem wir uns zum Bezug des Fleisches haben eintragen lassen, sollen gegen 700 Bezahler gemeldet sein. Ich habe die Nr. 572. Am heutigen Sonntag früh 6 Uhr wurde mit dem Verkauf bei der Nr. 250 angefangen. Es wurde bekannt gegeben, daß die Ration von 250 bis 600 abgefertigt werden sollte. Nun ist es bei diesem Schlächter, wo drei Personen die Abfertigung versehen, ja technisch gar nicht möglich, an einem Vormittag, selbst wenn während der Kirchengzeit verkauft wird, 350 Kunden zu bedienen. Wie ist es aber möglich, daß bei einer Ration von 700 Käufern bis Sonnabendabend erst 250 ihr Fleisch bekommen haben? Diese 250 Kunden haben ja tatsächlich ihr Fleisch früher bekommen, da der Laden des betreffenden Schlächters den ganzen Sonnabend (Freitag ja selbstverständlich auch) geschlossen war. Von den wartenden Frauen wurde erzählt, daß der Schlächter — R. Stender, Stendaler Str. 4 — am Freitag ein großes Quantum Rindfleisch und am Sonnabendabend drei Schweine bekommen habe. Es wurde weiter erzählt, daß Körbe voll Fleisch nach einer gegenüberliegenden Wirtschaft gebracht werden (hierfür sind Zeugen vorhanden). Weiter hat man am heutigen Tage Frauen, welche kein Fleisch bekamen, gegen ihren Willen die Fleischartenabschnitte abgenommen. Das besondere an diesem Vorkommnis ist, daß über 200 eingetragene Käufer kein Fleisch erhalten konnten. Ist das bei der vom Magistrat getroffenen Regelung möglich? Tatsache ist, daß die Käufer nichts erhielten, weil der Schlächter kein Fleisch hatte. Hat nun der Schlächter nichts von der Zuweisungsstelle erhalten oder — hat er es erhalten und wo ist das Fleisch geblieben? Wenn der Magistrat vorher das zu beziehende Quantum festsetzt, so ist doch anzunehmen, daß auch soviel Fleisch zur Verfügung steht. Es muß sich nachweisen lassen, wieviel Fleisch der Schlächter Stender in der Stendaler Straße erhalten hat. Wieviel Personen kein Fleisch erhalten haben, wird dann festgestellt werden. Unter den Bezahler sind ein großer Teil Arbeiter, welche weder auf ihr geringes, ihnen zustehendes Quantum verzichten können, noch verzichten wollen. Eine Untersuchung dieses Falles ist dringend nötig und ist auch möglich.“

Der erhöhte Milchpreis.

Der Charlottenburger Magistrat schreibt uns:

Die durch die Presse gegangene Mitteilung, daß die Festsetzung von Stallhöchstpreisen auch eine Erhöhung des Milchhandelspreises wohl zur Folge haben wird, haben sich einige Milchhändler zunutze gemacht und nehmen bereits für das Liter Milch 82 Pf. Es sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bisher der Milchpreis im Kleinhandel nicht erhöht ist, und daß dieser Preis von 82 Pf., den einige Milchhändler jetzt bereits dem Publikum ab-

nehmen, eine strafbare Ueberschreitung des Höchstpreises bedeutet. Käufer, denen der Preis von 82 Pf. für das Liter Milch abgenommen oder abgefordert ist, sollten sofort Anzeige bei der Polizei oder bei der Preisprüfungsstelle ihrer Gemeinde erstatten.

Beim Laubeneinbruch erschossen. In Wittenau, an der Hauptstraße, befindet sich ein Laubengelände, auf dem schon öfter Einbrüche verübt wurden. Manche Kolonisten bleiben deshalb auch des Nachts über in ihren Lauben, um ihr Eigentum zu beschützen. Einer dieser Laubebesitzer, ein kleiner schwächlicher Mann, erwachte nun in der Nacht zum Sonntag durch ein Geräusch. Zwei Einbrecher waren in seinen Garten, einer von ihnen auch bereits in seine Laube eingedrungen. Als der Kolonist diesem zurief, er solle machen, daß er hinaus komme, packte ihn der Einbrecher und versuchte, ihn von seiner Lagerstatt herabzuziehen. In dieser gefährlichen Lage griff der Bedrohte zum Revolver und gab in der Dunkelheit einen Schreiß ab. Die Kugel traf jedoch den Einbrecher so schwer, daß er zusammen brach und nach kurzer Zeit starb. Der zweite Einbrecher entkam. Die Leiche wurde nach der Halle in Wittenau gebracht. Der Erschossene konnte noch nicht festgestellt werden. Er ist etwa 30 Jahre alt und 1,72 Meter groß, hat blondes dünnes Haar und einen hellblonden Schnurrbart und trug einen braunen Anzug, ein weißes Leinwandhemd und schwarze Schürzenhose. Auf dem rechten Unterarm hat er eine Hautläsion, die einen Marinesoldaten mit Raufahrerlaterne darstellt.

Großfeuer kam in der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 1 1/2 Uhr aus noch unbekannter Ursache auf dem eisenbahnähnlichen Gelände an der Quigowstraße, nahe Bahnhof Putligstraße, zum Ausbruch. Eisenbahnbeamte bemerkten die Gefahr, als die Flammen schon hell aus einem großen Holzschuppen der Firma Heinrich Freund (Inhaberin: Marie Freund), Produkten Engros, emporloderten. Die Feuerwehre wurde fast gleichzeitig von drei Seiten alarmiert. Mehrere Löschzüge waren schnell zur Stelle. Da auch der Wagenstandplatz der Firma P. Latté schon Feuer gefangen hatte, ließ der Brandinspektor von allen Seiten mit 1 B-Rohr von Motorspritze und 6 C-Rohren von Hydranten und Gasstrahlen eine Stunde kräftig Wasser geben. Dadurch gelang es um 2 1/4 Uhr die Flammen zu löschen. Diefem Lumpen und Wagen samt dem alten Holzschuppen, ein altes Holzdach u. a. zum Opfer gefallen. Die Aufräumung und Ablösung nahm längere Zeit in Anspruch. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ein falscher Feldgrauer sucht gegenwärtig Geschäftsleute heim. Ein Mann gegen Ende der zwanziger Jahre, der die feldgraue Uniform mit Garbeln trägt, besucht Geschäftsleute aller Art stellt sich als Bursche seines Herrn Oberst vor und erzählt, daß er beauftragt sei, in dem Geschäft einzulassen. Den Kaufpreis werde er gleich nachher mit heranzubringen. Die Geschäftsleute glauben meistens dem vertrauensvollen Mann, geben ihm die verlangten Waren ohne Geld mit und erfahren zu spät, daß sie betrogen worden sind. Der Schwindler ist mittelgroß und schlant, hat hellblondes Haar und ein frisches volles Gesicht und trägt zu seiner Uniform eine Schirmmütze.

Aus den Gemeinden.

Neubau des Untersuchungsamtes für ansteckende Krankheiten in Charlottenburg.

Da das zurzeit in den Räumen des Pathologischen Instituts im Kranienhause Westend untergebrachte Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten wegen der ständigen Zunahme seiner Arbeiten — es wurden jährlich 32 000 Untersuchungen ausgeführt — einer Erweiterung dringend bedarf, hat der Charlottenburger Magistrat beschlossen, den Stadtverordneten einen Neubau des Untersuchungsamtes zu empfehlen. Der dafür ausersehene Platz auf dem freien Gelände am Fürstenbrunnen Weg bietet den Vorteil, daß das Untersuchungsamt in unmittelbarer Verbindung mit dem Kranienhause Westend bleiben kann und doch aus dem eigentlichen Kranienhausbetriebe losgelöst ist. Als Kosten für den Neubau, der die Möglichkeit einer späteren Erweiterung bietet, sind 180 000 M. vorgesehen.

Einführung der Massenspeisung und Groß-Berliner Fleischkarte in Tempelhof.

Am 1. Juli wird im Neuzum, Germaniastr. 4, die erste gemeindliche Volksspeisung eröffnet werden. Das in den Räumen bisher befindliche Vereinskaffee wird an diesem Tage aufgelöst und die dort vorhandene Küche derart vergrößert, daß etwa 1000 Personen täglich gespeist werden können. Die Portion, 1 Liter, soll für 80 Pf. abgegeben werden. Die Gemeinde leistet einen entsprechenden Zuschuß. Der Speisen entnehmen will, muß schon einen Tag zuvor die benötigten Speisemarken kaufen. Dadurch soll festgesetzt werden, wieviel Portionen jeden Tag hergerichtet werden müssen.

Eine weitere größere Fleischzentrale mit anschließendem Speiseraum in Form eines stillvoll aufgeführten Barackenbaues wird mit größter Beschleunigung auf dem Schulgrundstück und dem Grundstück der Pumpstation in der Werderstraße errichtet. Hier sollen bis zu 4000 Portionen täglich zur Ausgabe gelangen. Auch die Einführung von Mittelstandsküchen ist geplant.

Am 26. Juni tritt auch für Tempelhof die Groß-Berliner Fleischkarte an Stelle der bisherigen örtlichen Karte in Kraft. Unter einer zweimäßigen Verteilung des Fleisches durchzuführen, werden daher Dienstag, den 20., und Mittwoch, den 21. Juni, bei sämtlichen hiesigen Schlächtermeistern Kundenlisten ausgelegt. Haushaltungen, die sich eintragen lassen wollen, müssen für sich und ihre sämtlichen Angehörigen, auch Chambregarnisten und Schlafburden, die Protokollentwürfe der 70. Woche vorlegen. Um unnötiges Stehen und Warten vor den Schlächterläden nach Möglichkeit zu vermeiden, werden die Kunden an die 17 Schlächtermeister gleichmäßig verteilt. Es können also auch Zwangsüberweisungen an Schlächtermeister erfolgen, wenn an einer Stelle zu viel eingetragen worden sind.

In den Verkaufsstellen der Gemeinde wird demnach Schmalz zum Preise von 4,50 M. pro Pfund verkauft. Da das Quantum ein geringes ist, entfällt auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Viertelpfund. Auch Salz- und Blutwurst in Büchsen zu 1,40 M. soll gleichzeitig verkauft werden.

Einführung von Kundenlisten beim Fleischkauf in Steglitz.

Vom 26. d. Mis. ab erfolgt der Fleischverkauf in Steglitz auf Grund von Kundenlisten. Die Einwohner sind daher verpflichtet, sich schon heute von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends oder morgen nachmittags von 4 bis 8 Uhr bei dem Schlächtermeister in die Liste eintragen zu lassen, von dem sie in Zukunft ihre Fleischwaren beziehen wollen.

Soziales.

Ein Scheinvertrag.

Gegen die vor dem Gewerbegericht verhandelte Klage eines Kellners, der im Betriebe der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft beschäftigt war, machte die Beklagte den Einwand, nicht sie, sondern ihr Oberkellner sei der Arbeitgeber des Klägers. Der schriftliche Arbeitsvertrag ist allerdings so abgefaßt, daß der Oberkellner als Arbeitgeber der Kellner erscheint, die er entlohnt und auch die Versicherungsbeiträge zahlt. Andererseits wurde festgestellt, daß die Geschäftsleitung die Kellner einstellt und dem Oberkellner überweist. — Das Gericht wies die Klage ab, weil es die Forderung des Klägers als unbegründet erachtete. Dagegen bezeichnet es den Arbeitsvertrag als unzulässig, weil er nur ein Scheinvertrag sei, denn nicht der Oberkellner, sondern die Beklagte Firma sei die Arbeitgeberin des Klägers.

Eine Kinderzulagen-Zwangversicherung.

Ein Projekt, das von nicht geringer Bedeutung ist, bereitet die bayerische Verkehrsverwaltung vor, indem sie eine Kinderzulagen-Zwangversicherung für alle Staatsbeamten einzuführen gedenkt und dabei als finanzielle Grundlage die jährliche Kriegsteuerungsbeiträge von insgesamt 5 Millionen Mark benutzen will. Gegenwärtig ist sie dabei, statistische Erhebungen bei ihren 80 000 Beamten und Arbeitern zu diesem Zwecke vorzunehmen.

Gerichtszeitung.

Eine exemplarische Strafe. 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust verhängte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I über einen rüchigen Einbrecher, den Arbeiter Karl Fiedler, der sich an Sachen vergriffen hatte, die für im Felde stehende brave Soldaten bestimmt waren. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Unger, zur Begründung des Strafmaßes ausführte, steht das Gericht hierbei im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß jetzt im Kriege, wo jeder Arbeit finden könnte, derartige Tagediebe, wie der Angeklagte, so scharf wie möglich angefaßt werden müßten. Der Beschuldigte habe auch bei einem Wäckermeister eheliche Arbeit gehabt, sei jedoch einfach weggelaufen, um zu stehlen. Nach dem vorliegenden Sachverhalt war Fiedler zweimal, Ende März und Anfang Mai d. J., in die Räume des Kriegsausschusses für warme Unterbekleidung, die im Französischen Gymnasium am Reichstagsufer untergebracht sind, eingedrungen. Einmal hatte er den Bureau, das zweitemal der Turnhalle, in beiden Fällen mittels Nachschlüssel, einen Besuch abgestattet und daraus nichts als eine große Anzahl wollener Kleidungsstücke gestohlen. Bei dem zweiten ereilte ihn sein Schicksal, indem er in der Mittelsaalstraße, gerade als er den Korb mit den gestohlenen Sachen in seine dort gelegene Wohnung bringen wollte, von einem auf ihn aufmerksam gewordenen Schutzmännchen gestellt wurde. Er suchte sich zwar herauszureden und wollte die Sachen von dem großen Unbekannten auf der Pfandkammer in der Schönhauser Straße gekauft haben, ein bei ihm vorgefundener gestohlener Stempel des roten Kreuzes spielte jedoch den Verräter. Fiedler wurde verhaftet und zu obiger Strafe verurteilt.

Das nächste Abenteuer eines Rittergutsbesizers gelegentlich einer seiner von Zeit zu Zeit unternommenen Vergnügungsfahrten nach Berlin fand im Mittelpunkt einer Diebstahlsaffäre, die jetzt die ehemalige Handelschülerin, gegenwärtige Privatierin Elise Wölle vor die dritte Strafkammer des Landgerichts III führte. Fräulein Wölle kann ohne aufreibende Arbeit von einer, wie sie sagt, Rente aus dem Felde leben, die an jedem ersten des Monats erscheint. Da ihr dieses stille Leben jedoch ein bißchen zu einsam ist, besucht sie öfters Kinos, Theater und auch jene Feiern, wo für Unterhaltung reichlich gesorgt ist und man schnell Anschluss an nette Gesellschaft findet. Bei einer solchen Gelegenheit lernte sie den Rittergutsbesizer St. aus M. kennen, der eigens nur zu dem Zweck nach der Reichshauptstadt gekommen war, sich ordentlich von der Langeweile des Landlebens zu erholen, und deshalb, bewaffnet mit einer wohlgefüllten Brieftasche, etwas „draufgehen“ ließ. Der St. floh in Strömen, die Flasche zu 23 M., die Kapelle hatte ihren guten Tag, denn 20-Mark-Scheine flogen ihr zu, und bald war das Paar in selbsterstimmter, die es bis zum nächsten Morgen zusammenhielt. Als der Rittergutsbesizer, wieder allein, dann sein Geld nachzählte, entdeckte er, daß ihm sieben Hundertmarkscheine fehlten. Wölle ahnd, ging er zur Polizei, die auch richtig die verschwundenen Scheine in Schönlebens Zimmer auf dem Toilettenisch verstreut vorfand. Trotzdem kam das Gericht zu einer Freisprechung, da es die ganze Affäre für eine total betrunkene Beschäftigung hielt.

Jugendbewegung.

Jugendheime durch die Gemeinden.

Eine Reihe von hellbetretenden Generalkommandos hat bekanntlich den Jugendlichen den Besuch von Gastwirtschaften, Kinos und ähnlichen Lokalen verboten, um sie vor den schädlichen Einflüssen, denen sie in diesen für die Jugend ungeeigneten Vergnügungstätten ausgesetzt wären, zu bewahren. Daß diese Maßnahmen keine erzieherische Wirkung auf die Entwicklung der Jugend auszuüben geeignet sind, haben wir bereits des öfteren dargelegt, ausführlicher im Leitartikel der Nr. 53 des „Vorwärts“. Mit Verboten und Verordnungen läßt sich in der Erziehung überhaupt nichts erreichen; es muß vielmehr versucht werden, die Ver-

haltensart der Jugend in eine Bahn zu lenken, die der gesunden Entwicklung der Jugend förderlich ist. In der Regel ist der Besuch der Jugendlichen von Gastwirtschaften und Kinos ja nur auf das natürliche Bedürfnis nach Geselligkeit und Zerstreuung zurückzuführen. Gibt man der Jugend Gelegenheit, dieses an sich durchaus berechtigte Bedürfnis auf eine edlere Art zu befriedigen, so wird sie davon in ihrer übergroßen Mehrheit freudigen Gebrauch machen. Die freie Jugendbewegung hat darum die Errichtung von behaglich eingerichteten Jugendheimen, in denen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Feierstunden Unterhaltung, Geselligkeit und geistige Anregung erhalten, sich zur Aufgabe gemacht. Natürlich ist die Bewegung der jungen Arbeiterschaft nicht in der Lage, die für die große Masse der arbeitenden Jugend erforderliche Anzahl Jugendheime zu beschaffen. Diese Aufgabe kann nur mit den Mitteln der Allgemeinheit gelöst werden. Leider haben erst einige Städte diese wichtige Erziehungspflicht zu erfüllen versucht. Gerade in den Orten, wo die Jugendheime am nötigsten sind, in den Großstädten, entziehen sich die Stadtverwaltungen dieser ihrer in der Kriegszeit doppelt wichtigen Pflicht gegenüber der kommenden Generation.

In der Schweiz, wo die ungünstigen Kriegswirkungen auf die Jugend lange nicht in dem Maße vorhanden sind wie bei uns in Deutschland, scheint eine tiefere Einsicht in die Errichtung von Jugendheimen vorhanden zu sein als bei uns in Deutschland, wo die Klagen über die Verwahrlosung der Jugend nicht verstummen wollen. In den Gemeindehäusern der Schweiz sollen Besessener und Unterhaltungsräume mit oder ohne alkoholfreiem Ausschank für die Jugend eingerichtet werden. Ein Komitee will zunächst durch eine Umfrage die lokalen Bedürfnisse und Sympathien für den Vorschlag feststellen, um dann Lokalkommissionen und eine Zentralstelle zu organisieren sowie Musterhäuser mit freundlichen Räumen zu schaffen, die in jeder Beziehung neutral gehalten werden sollen. Die Zentralstelle will eventuell eine Propagandakommission, ein Bureau für Ratsschlüsse und Anregungen, eine Finanzkommission zur Herbeischaffung der Mittel, eine Hilfskolonne für praktische Mitwirkung, eine Aufsichtskommission für die Betriebe, die unterstützt werden, einsehen.

Es handelt sich also um die Durchführung eines großzügig angelegten Planes zur Schaffung von Jugendheimen. Wenn hierbei der angegebene Grundsatz, strengste Neutralität in jeder Hinsicht zu wahren, beachtet wird und zur Verwaltung und Leitung der Heime die Arbeiterschaft und ihre Jugend mit herangezogen wird, so ist dieses Unternehmen nur zu begrüßen.

Aus aller Welt.

Der älteste Bürger Brüssels streift.

Das Fundament des „Renneken“ ist, so geht ein Gerücht, reparaturbedürftig, und unsere Landstümer müssen für einige Zeit auf den feuchtkrüchlichen Anblick verzichten, der so viele erheiterte. Sei es, daß es Wichtigeres nicht zu melden gab — jedenfalls gelangte die Nachricht vom Streik des Renneken nach Holland und bis Le Havre, und der bewegliche Geist der Flüchtlingspresse ruhte nicht eher, als bis er die Landesgenossen über den tiefen Sinn dieser Arbeitseinstellung aufklären konnte. Der Patriotismus der Belgier zeigt sich bekanntlich auch darin, daß sie aus Opposition gegen die deutsche Verwaltung die Arbeit verweigern. Durfte da der „älteste Bürger Brüssels“ zurückstehen? Selbstverständlich schloß er sich den Streikenden an und stellte seine Tätigkeit ein; auch ihm verbot sein Patriotismus, noch länger für die Deutschen zu „arbeiten“.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher erstickt. In München wurde der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Hermann Heimgartner von dem Zigarrenhändler Linsmaier in dessen Laden niedergestochen, als er sich Schimpfereien des Händlers auf die Stadtverwaltung verbat. Nähere Einzelheiten über den Fall fehlen noch.

Parteiveranstaltungen.

3. Kreis. Heute abend 8^{1/2} Uhr findet in den Armthallen, Kommandantenstr. 58/59, die am 30. Mai vertagte Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Generalversammlung vom 30. Mai. Bestätigung der Delegierten zur Verbandsversammlung. Der Vorstand.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag im Lokal von Stein, Stralauer Straße 3: Generalversammlung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Zentral-Wahlverein Teltow-Beeskow. Die Vorsitzenden und Kassierer folgender Orte werden gebeten, ihre Adresse sofort dem neuen Vorsitzenden des Kreises Hugo Gerlein, Berlin-Marienthorl Ringstr. 82, anzugeben: Tackendorf, Viernsdorf, Galbe, Johannisthal, Köpenick, Marienfelde, Rittenwalde, Roggen, Reuzittau, Niederlehme, Rudow, Spanten-dorf, Spantenhof, Storfow, Teltow, Zehlendorf, Zernsdorf, Zentschen, Joffen.

Die Wahlvereine wegen Einzigungen zum Militär aufgelöst sind, bitten wir einen noch vorhandenen Genossen um Angabe seiner Adresse. Der Vorstand.

Reuthehn. Der Jahrlabend findet Mittwoch, den 21. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, in dem bekannten Lokale statt.

Charlottenburg. Dienstag, den 20. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus, Köpenickerstr. 4. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. Vorschläge, Diskussion, Beschlüsse. Mitgliedbuch legitimiert.

Mariendorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Frau, Kurfürstenstr. 44, statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Schöneberg. Heute abend 8^{1/2} Uhr, im Schwarzen Adler, Hauptstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Diskussion. Wahl von Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin. Mitgliedbuch mit Beleg, bis Februar d. J. legitimiert.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Berlin-Oberschöneweide. Heute nachmittags 3 Uhr in der Aula der Hindenburg-Schule.

Hermesdorf b. Berlin. Heute abend 8 Uhr findet im Gemeindehaus eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Von unseren Vertretern werden die Angelegenheiten der Lebensmittelfrage behandelt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends, 8. IV. Hofstraße, Parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Nr. 6. 11. 1. Der Wirt kann kein Pfandrecht an den entbehrlichen Möbeln geltend machen. 2. Für die gegenwärtige Mietschuld können Sie das nicht, das würde als Scheinvertrag angesehen. 3. Wahrscheinlich nicht, aber Nachzahlung ist immerhin nicht ausgeschlossen. 4. Ja. — **Nr. 29. 1.** Nein, die Frau hat jedenfalls der Kündigung nicht die Vollmacht des Ehemannes beigelegt. 2. Die Feuerversicherung ist daher im Recht. — **Nr. 50.** Da Sie als garnisonfähiger erachtet sind, können Sie jederzeit eingezogen werden. — **Nr. 100.** Wenn Sie das bei der Veranlagung angenommen haben, müssen Sie durch Reklamation um Befreiung von der Steuer erlangen. — **Reife.** Die Zahl bezieht sich nicht auf eine Krankheit. — **Nr. 86.** Diese Bundesratsverordnung kommt für Sie nicht in Betracht. Wenn Sie nach der Einberufung die Krankheitsbeiträge nicht weiter gezahlt haben, haben Sie keinen Anspruch auf Renteleistungen, es hätte denn Ihre Verwendung innerhalb drei Wochen nach dem Austritt aus der Versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgen müssen. — **Nr. 90.** Nein. — **Nr. 31.** Die Kündigung ist zulässig, Sie sind zur Räumung der Wohnung verpflichtet. Die von Ihnen angegebenen Sachen können, da sie unentbehrlich sind, nicht einbehalten werden. — **Nr. 815. 1.** Sie können Stundung beantragen, aber auch das Gericht würde Sie durch Urteil zu regelmäßigen Ratenzahlungen verpflichten. Es würde sich doch empfehlen, sich mit dem Richter außergerichtlich zu einigen, damit Sie Kosten sparen. 2. In der Unfallsache würde es sich empfehlen, mit dem Rentenbesitzer und dem Urteil des Versicherungsamtes persönlich in unsere Sprechstunde zu kommen. — **Nr. 20.** Steglitz. Rein. — **Nr. 16. Ja.** — **Nr. 2470.** Rein. — **Nr. 57. Ja.** — **Nr. 500. 1. und 2. Rein.** — **Nr. 13. 1. Rein.** 2. An die untere Verwaltungsbehörde; es sind vorzulegen: die amtliche Todesurkunde, die Begräbnisurkunde und die Ehefähigkeitsurkunde. — **Nr. 100.** Sie haben als Erbe ein berechtigtes Interesse, sich gegen eine Veränderung des Grundbuches zu wehren und müßten dem neuen Besitzer, bevor er nicht die Hypothek getilgt hat, das verbieten. — **Nr. V. Tempelhof.** Der Ehemann könnte der zuständigen Steuerstelle davon Mitteilung machen. — **Nr. 24. 141.** Geringer Verzögerer, dienstfähig. — **Nr. 6. 3.** Sie könnten schließlich in beiden Fällen nur auf Lösung des Vertrages klagen; es würde sich aber doch empfehlen, durch Kündigung das Vertragsverhältnis zu lösen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittig. Stimmlich kühl, vorherrschend wolkig und im Westen meist geringe, östlich der Ober etwas stärkere Regenfälle.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für Tempelhof.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 17. Juni, unser Parteigenosse

Wladislaus Morawski
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Tempelhofer Gemeinde-Friedhofes, Germaniastraße, aus statt. Um rege Beteiligung erucht 196/6 Der Vorstand.

Verband d. Brauerel- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stallmann

Hermann Ponto
(Bismarckstraße)
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof in der Landsberger Allee statt.

Um rege Beteiligung erucht 42/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Nachruf.
Am Mittwoch, den 14. Juni, verstarb unser Mitglied

Walter Spitzbarth.
Ehre seinem Andenken!
55/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutsher

Robert Hoffmann
von der Firma Schreiber, Brich, Bahnstr. 75,
am 16. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
65/15 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchhändlerverband.
(Zahlstelle Berlin.)
Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege und langjähriges Mitglied

W. Morawski
nach langem, schwerem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem Tempelhofer Gemeinde-Friedhof, Germaniastr. statt.

Um zahlreiche Beteiligung erucht 28/30 Die Ortsverwaltung.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Auf Wunsch Auswahlforderung.
Tel. Norden 8540.

Blusen von 2.90 M. an
Röcke von 4.75 M. an
Nachanfertigung in 8 Stunden.

Zum Gedächtnis
an den Todestag meines unvergesslichen Vaters und treuergebliebenen Sohnes, des Wehrmanns

Ernst Brunner
gestorben am 18. Juni 1915.
In tiefem Schmerz

Marie Brunner
nebst
Sohn, Mutter und Schwager.

Vor des Todes düstern Armen,
Da taucht Dir auf ein Heimaldib,
Es sah Dein Herz einlief Erbarmen
Um Deine Gattin und Dein Kind.
Wir müssen ohne Dich durchs
Leben wandern
Und meinen still um ein ver-
lorenes Glück.

Trauer Gedenken
gewidmet zu seinem 29. Geburtstags, am 20. Juni.
Am 10. Mai fiel beim Sturmangriff infolge eines Kopfschusses mein unvergesslicher Mann, der Ausreiter

Karl Welski
Infanterie-Reg. Nr. 149, 4. Komp.
In unvergesslicher Erinnerung
Deine Dich nie vergessende
Frau Ida Welski,
Mariendorfer, Königsstr. 9.

Es ist geknüpft ein ewig Band,
Nicht zwischen mir und Dir,
Nicht ob Du ruhest im fremden Land,
Im Herzen ruhest Du mir.
So schlafe denn wohl! Du Liebster
meines Lebens,
Rein Kampfgelbe stirbt mehr
Deine Frau,
Ich, all mein Hoffen, es war doch
vergebens,
Nun bedrückt Dich fremde, kalte Erde zu.
Du sanftst dahin, wie Rosen sinken,
Wenn sie in voller Blüte stehn,
Schlaf wohl, es gibt kein Wieder-
kehren.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Dankjagung.

Es ist uns ein Herzensbedürfnis, an dieser Stelle allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein Reuthehn, der Verwaltung Berlin B der Zentral-Kranken- und Sterbefälle Berlin, den Verwaltungen der Zentral-Kranken- und Sterbefälle Berlin und Umgegend, den Angehörigen der Ortskrankenkasse der Kaiser-Walden und dem Deutschen Holzarbeiterverband, für die Teilnahme an dem schweren Verlust unseren besten Dank auszusprechen.

Der nochmalige gemeinschaftliche Ausdruck aller Liebe und Verehrung an der Bahre des für uns unersetzlichen Toten in Bereinigung mit den so treffenden Worten des Herrn Balde Ranasse waren ein rechter Trost für uns.

Frau Witwe Anna Ritter
und Angehörige, Reuthehn.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

Meist die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht vernachlässigen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“. 50 S. starke Broschüre kostenlos.

Bonnese & Hachfeld, Potsdam.
Postfach 167

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?

Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie

Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundheit- u. Krankenkassen.

Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

DRUCK ARBEITEN

in guter Ausführung

VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW. 68 Lindenstraße 3

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?

Von Heinrich Cunow
Preis 1 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf.

Zielpunkt: Reine Geldaushaltung. — Arbeiterinteressen und Steuerprinzipien. — Steuerprobleme. — Staatsmonopol oder neue Steuern? Steuerdogmatik und Steuerwirklichkeiten. — Nochmals die Monopolfrage. — Die Großstädte bieten eine gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform, bei deren Einführung die Sozialdemokratie ihre gewichtigsten Kräfte in die Wagschale werfen muß.

Der echte Kapitän-Kantabäl
wirklich erfrischend und belebend im Felde, zu haben in den meisten Geschäften. (Al. Dosen selbst umfunkt.)

E. Röder, Berlin, Gräuner Weg 111 (Rgt. 3861).